



Wartburg-Kurier

Johannistag 2017

Zum Geleit



Liebe Leserinnen und Leser,

im Skulpturensaal des Herzoglichen Museums in Gotha steht die Gipsfassung der Büste Johannes des Täufers vom französischen Bildhauer Jean Antoine Houdon. Der klassizistische Künstler war dem Gothaer Hof verbunden, das Museum beherbergt eine große Sammlung seiner frühen Werke. In diesen Wochen gastiert dort zudem eine hochkarätige Ausstellung französischer Malerei des 17. und 18. Jahrhunderts aus dem Moskauer Puschkin-Museum. Ein guter Grund für einen Besuch in Gotha.

Der Geburtstag Johannes des Täufers, der Johannistag, wird auch heute noch vielerorts durch ein großes Feuer begrüßt, das wohl vom Sonnenwendfeuer aus vorchristlicher Zeit inspiriert wurde. Johannes, der Sohn von Elisabeth und Zacharias, ging Jesus voran

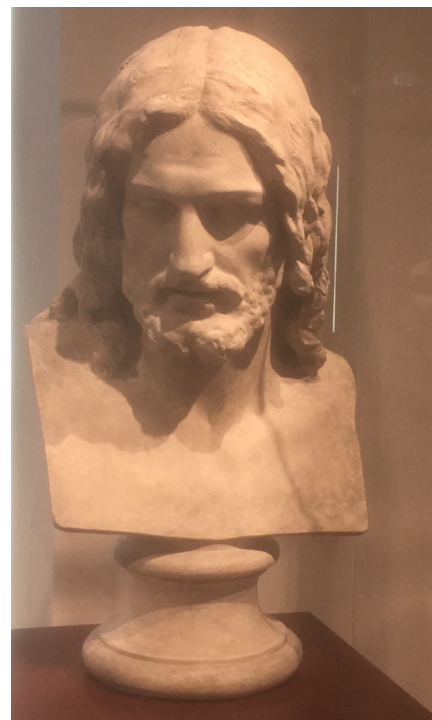
und stiftete das Sakrament der Taufe, das traditionelle Aufnahme-ritual in die Gemeinschaft der Christen.

Christsein braucht Gemeinschaft.

Diese Einsicht ist nicht mehr weit verbreitet. In einer Umfrage äußerten 84 % der Befragten, man könne auch ohne Zugehörigkeit zu einer Kirche Christ sein. Die englische Sozialforscherin Grace Davie hat für dieses weit verbreitete Phänomen den Begriff „Believing without belonging“ – Glaube ohne Mitgliedschaft – geprägt. Glaube ist aber nicht nur eine innere Überzeugung, Glaube muss gelebt werden, Glaube ist politisch. Seinen Glauben zu leben, das gelingt vielleicht ohne die Institution Kirche, sicher aber nicht ohne eine Gemeinschaft, die den Glaubenden trägt. Glaube ohne Gemeinschaft verkümmert. In Gemeinschaft kann Glaube dagegen die sprichwörtlichen Berge versetzen.

Für diese Ausgabe des Wartburg-Kuriers haben wir die Direktkandidaten der Thüringer CDU für den 19. Bundestag gefragt, wie sie aus christlicher Verantwortung Politik mitgestalten. Ihre Antworten finden Sie auf den folgenden Seiten. Alle acht CDU-Kandidaten gehören zu einer Kirche, vier zur katholischen, vier zu einer evangelischen. Alle acht wissen, dass Glaube Gemeinschaft braucht, wie auch politisches Handeln in einer demokratisch verfassten Gesellschaft bei

allem Streit um die besten Wege ein gemeinsames Fundament braucht. Dessen Bausteine sind Würde, Freiheit, Mitmenschlichkeit, Verantwortung vor Gott und den Menschen. Das Verhältnis von Kirche und Politik in unserer Zeit beleuchtet ein umfangreicher Essay aus der Feder unseres Vorstandsmitglieds Dr. Karl-Eckhard Hahn.



Gipsfassung der Büste Johannes des Täufers vom französischen Bildhauer Jean Antoine Houdon, Herzogliches Museum in Gotha

Der Präsident des Thüringer Landtags Christian Carius schreibt aus vielfachem aktuellen Anlass über

Fortsetzung auf Seite 2

Inhalt dieser Ausgabe:

Demokratie muss uns etwas wert sein	2	Bürgerbeteiligung bei Großprojekten:	
Bundestagswahl 2017: Acht Wahlkreise –		Das Pumpspeicherwerk Schmalwasser	11
acht CDU-Direktkandidaten	4	Stotternheims Platz in der Weltgeschichte –	
Christsein in politischer Verantwortung –Kandidaten		die Folge eines Gewitters und einer nicht wirklich	
im Portrait	4	geklärten Geschichte	12
Wir über uns	8	Kirche und Politik: Beobachtungen	
In eigener Sache – Namen und Positionen	9	und Überlegungen aus politischer Perspektive	16
Reihe: „Der Landesvorstand stellt sich vor“	9	Impressum und Kontakt	21

das Thema „Demokratie und Bürgerbeteiligung“. Konkrete eigene Erfahrungen in der Bürgerinitiative gegen den Bau eines Oberbeckens für das geplante Pumpspeicherwerk Schmalwasser am Rennsteig vermittelt Andreas Trautvetter.

Unsere kleine Reihe über Stätten der Reformation in Thüringen set-

zen wir mit einem Beitrag fort, der Luthers Lebensentscheidung, Mönch zu werden, thematisiert.

Ich wünsche Ihnen eine spannende Lektüre und darf mich auch im Namen des EAK-Landesvorstands für Ihr Interesse an der Johannis-Ausgabe des Wartburg-Kuriers bedanken. Dank gilt allen Autoren

dieses Heftes. Mit ihnen freuen wir uns auf Ihre Gedanken, Anmerkungen und Hinweise.

Einen gesegneten Johannistag wünscht

Ihr
Prof. Dr. Jens Goebel

Demokratie muss uns etwas wert sein

von Christian Carius, Präsident des Thüringer Landtags



Christian Carius ist seit 2014 Präsident des Thüringer Landtags, davor war er als Minister für Bau, Landesentwicklung und Verkehr auch für die demographische Entwicklung zuständig

Seit der Friedlichen Revolution im Jahr 1989 haben sich die neuen Länder fundamental verändert. Der wirtschaftliche Aufholprozess ist weit fortgeschritten, die Demokratie hat Wurzeln geschlagen, moderne Verwaltungsstrukturen sind entstanden und Rechtsstaatlichkeit ist Grundlage allen politischen Handelns. Vor allem wir Thüringer können stolz darauf sein, was wir in den vergangenen 27 Jahren erreicht haben. Thüringen ist das erfolg-

reichste neue Bundesland und hat bei einigen Wirtschaftsindikatoren bereits westliche Flächenländer hinter sich gelassen. In einigen Regionen unseres Freistaats herrscht fast Vollbeschäftigung und thüringenweit ist die Arbeitslosenquote im Mai 2017 erstmals unter sechs Prozent gesunken. Diese Erfolgsgeschichte wissen die Thüringerinnen und Thüringer zu schätzen. So gaben in einer Umfrage des Thüringer Landtags 94 Prozent der Befragten an, dass sie ihre persönliche Lebenssituation als gut beurteilen.

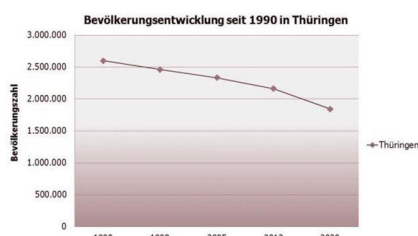
Trotz der zahlreichen positiven Entwicklungen steht Thüringen noch immer vor großen Herausforderungen. Hierbei sind die zunehmende Urbanisierung sowie die demografische Entwicklung im Freistaat als zentrale Themen zu nennen. Thüringen hat seit 1990 etwa 400.000 Einwohner verloren. **Im Jahr 2014 konnte die Abwanderung gestoppt werden.** Aufgrund positiver Entwicklungsperspektiven

zogen wieder mehr Menschen in den Freistaat als ihn verließen. Dennoch ist es möglich, dass die Grenze von zwei Millionen Einwohnern im Jahr 2027 unterschritten wird. Auch wenn die demografische Entwicklung durch staatliches Handeln nur begrenzt zu beeinflussen ist, hat hierzu bereits die Vorgängerregierung konkrete Maßnahmen ergriffen. So wurde z.B. im Jahr 2011 die bundesweit erste Service-



Agentur Demografischer Wandel gegründet, die Lösungsstrategien sowie Entwicklungsperspektiven rund um die Herausforderungen dieses Themenfelds erarbeiten soll.

Die Bevölkerungsentwicklung und finanzpolitische Zwänge haben vor allem in den neuen Ländern zu der Tendenz geführt, kleinteilige Strukturen durch große Verwaltungseinheiten zu ersetzen. Man hoffte, dadurch schlankere und effizientere Verwaltungen zu schaffen. Dazu wurden in Sachsen, Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen-Anhalt einschneidende Gebietsreformen umgesetzt. In Sachsen wurden aus 48 Kreisen zehn, in Sachsen-Anhalt aus 37 Kreisen elf und Mecklenburg-Vorpommern aus 30 Landkreisen sechs. Dabei entstanden in Mecklenburg-Vorpommern fünf Landkreise, die größer sind als das Saarland.



Studien zeigen nun, das Ziel, Verwaltungskosten zu sparen, wurde verfehlt. **Vielmehr wirken die geschaffenen Großstrukturen negativ auf bürgerschaftliches Engagement und schwächen das Ehrenamt sowie die Demokratie.** Auch für Thüringen ist davon auszugehen, dass die kommunalen Vertretungen im Zuge von Landkreisfusionen nicht proportional mitwachsen würden. Alle bisher durchgeführten Gebietsreformen führten zu einer Reduzierung der Mandatsdichte und damit zu einer Schwächung der demokratischen Repräsentation. Hinzu kommt, dass die Handlungen von Politikern in größeren Gebietskörperschaften für den einzelnen Wähler weniger gut überschaubar und kontrollierbar sind. Entscheidungen werden in den meisten Fällen nach Aktenlage getroffen. Denn den Mitgliedern der Kommu-

nalparlamente in Großkreisen ist es kaum mehr möglich, die regionalen Gegebenheiten in einem Landkreis von bis zu 2500 km² Fläche zu kennen. In der Folge ist damit zu rechnen, dass die Distanz zwischen Politik und Bürger wächst und die Zufriedenheit mit der lokalen Demokratie zurückgeht.

Trotz dieser eindeutigen wissenschaftlichen Befunde hält die rot-rot-grüne Landesregierung an ihren Plänen fest, in Thüringen Großkreise schaffen zu wollen, auch wenn die Mehrheit der Bürger dem Vorhaben kritisch gegenübersteht. Immerhin belegt eine repräsentative Umfrage des Thüringer Ministeriums für Inneres und Kommunales, dass 63 Prozent der Thüringer eine solche Reform ablehnen. Darüber hinaus protestieren derzeit tausende Bürger auf Marktplätzen gegen die Reformpläne und über 100.000 Thüringer unterstützen mit ihrer Unterschrift bereits den Bürgeraufruf der AG Selbstverwaltung. Es ist wichtig, dass diese Proteste nicht ungehört bleiben und in einem eventuellen Gesetzgebungsverfahren Berücksichtigung finden.



Ich sage: Demokratie muss uns etwas wert sein. Wir dürfen sie nicht als Selbstverständlichkeit oder als Mittel zum Zweck betrachten. Demokratie ist eine der größten Errungenschaften unserer aufgeklärten Gesellschaft. Damit sie stabil funktioniert, braucht es sichtbare Vertreter und Institutio-

nen vor Ort. Das kostet Geld. Denn ein hauptamtlicher Bürgermeister ist nicht zum Nulltarif zu haben. Doch genau dieser ist es, der die Zeit hat, um sich mit den Problemen der Bürger wirklich auseinander zu setzen, sich Meinungen am Gartenzaun einzuholen und eine Entscheidung zu treffen, die den regionalen Gegebenheiten gerecht wird.

Wir dürfen nicht hinnehmen, dass unsere Demokratie Schaden nimmt, indem erfolgreiche kommunale Strukturen zerschlagen werden und sich der Staat immer weiter aus der Fläche zurückzieht. Dies gilt umso mehr, da Nachweise für Einsparungen und Effizienzgewinne bisher nicht erbracht werden können. Alle Thüringer, unabhängig davon ob sie in der Stadt oder im ländlichen Raum leben, haben einen Anspruch auf bürgernahe Verwaltung mit Ansprechpartnern vor Ort. Die Schaffung von Großkreisen und anonymen Strukturen kann nicht die richtige Antwort auf die Bevölkerungsentwicklung im Freistaat sein. Den veränderten finanziellen und demografischen Rahmenbedingungen sollte vielmehr mit einer verstärkten interkommunalen Zusammenarbeit begegnet werden. Landkreise und Gemeinden können Aufgaben gemeinsam erfüllen ohne zwangsfusioniert zu werden.

Heimat und Identität bilden einen Anker, der Menschen in einer scheinbar immer schneller werdenden Welt festen Halt gibt. Dieser Zusammenhalt darf durch reformpolitische Schnellschüssen nicht aufs Spiel gesetzt werden. Denn das würde unserer Demokratie und damit unserer freiheitlichen Gesellschaft als Ganzes schaden.

Zur Bundestagswahl am 24. September 2017 hat die Thüringer Union acht Direktkandidaten nominiert. Alle Kandidaten sind schon im aktuellen Bundestag vertreten. Bei der letzten Wahl gingen alle Thüringer Wahlkreise an die CDU-Direktkandidaten. Durch die Neuaufteilung der Bundestagswahlkreise fällt ab diesem Jahr ein Wahlkreis weg.

Für die acht Thüringer Wahlkreise treten folgende Kandidaten an:

Wahlkreis 189 (Eichsfeld - Nordhausen - Kyffhäuserkreis): **Manfred Grund**

Wahlkreis 190 (Eisenach - Wartburgkreis - Unstrut-Hainich-Kreis): **Christian Hirte**

Wahlkreis 191 (Jena - Sömmerda - Weimarer Land I): **Johannes Selle**

Wahlkreis 192 (Gotha - Ilmkreis): **Tankred Schipanski**

Wahlkreis 193 (Erfurt - Weimar - Weimarer Land II): **Antje Tillmann**

Wahlkreis 194 (Gera - Greiz - Altenburger Land): **Volkmar Vogel**

Wahlkreis 195 (Saalfeld-Rudolstadt - Saale-Holzland-Kreis - Saale-Orla-Kreis): **Albert Weiler**

Wahlkreis 196 (Suhl - Schmalkalden-Meiningen - Hildburghausen - Sonneberg): **Mark Hauptmann**

Christsein in politischer Verantwortung –Kandidaten im Portrait

Manfred Grund

Geboren am 3. Juli 1955 in Zeitz; römisch-katholisch; vier Kinder.



„Als gläubiger Christ, der sich bei der Bundestagswahl 2017 zum wiederholten Mal um ein politisches Mandat bewirbt, begleitet mich die Frage nach der christlichen Verantwortung im politischen Handeln seit vielen Jahren. Gerade in unserer zunehmend säkularisierten Gesellschaft, in der die kulturgestaltenden Kräfte des Christentums immer mehr an

den Rand gedrängt werden und in der die Emanzipation von der Tradition als überragender Leitwert gilt, ist die Bestimmung eines sicher gegründeten christlichen Standpunkts von besonderer Relevanz. Doch was heißt Christsein in der Politik? Handelt es sich nicht gar um einen vermessenen Anspruch?

Ein Blick zurück hilft, diese Position zu lokalisieren: Den vielen skeptischen Stimmen evangelischer Theologen gegenüber der Gründung einer christdemokratischen Partei in Nachkriegsdeutschland entgegnete Hermann Ehlers, Gründer des EAK in der CDU, dass die Rolle des

Christian Hirte

Geboren am 23. Mai 1976, Bad Salzungen, Thüringen, römisch-katholisch, verheiratet, zwei Töchter und ein Sohn.

Stehen wir als Christen in Zeiten, in denen manchen Regionen Thüringens nur noch 10 Prozent der Menschen einer Kirche angehören, vor einer besonderen Herausforderung? Ich bin als Christ der Überzeugung, dass uns das „C“ als Leitlinie der Politik gut steht und gut tut. Denn es steht nicht für eine Handlungsanleitung, „christliche“ und quasi missionarische Politik zu betreiben.



Stattdessen heißt Christ sein für mich, einen Orientierungsrahmen zu haben, von dem aus ich die Dinge betrachten und bewerten kann. Gerade in Zeiten immenser

Herausforderungen von Euro-Krise, Flüchtlingsströmen, internationalen Spannungen und Debatten um den Erhalt und die Verteilung unseres Wohlstandes finde ich einen solchen Rahmen wichtiger denn je.

Christen im öffentlichen Leben weder in bequemer Absinzenz noch in einer bloßen Kommentierung des Geschehens bestehen könne. Noch frisch war die Erinnerung an ein totalitäres Regime, das ganz darauf ausgerichtet war, Gott zugunsten einer inhumanen Ideologie vergessen zu machen. Die Frage nach der Erkenntnis des Richtigen und der Unterscheidung des Guten vom Bösen hatte somit auch im Bereich des Politischen eine besondere Virulenz. Ehlers forderte bekennende Christen aus diesem Grund dazu auf, sich im Bewusstsein der eigenen Fehlbarkeit sowie der Vorläufigkeit allen politischen Tuns zum Trotz auf das Wagnis des politischen Mitwirkens einzulassen und für das Wohl des Volkes Verantwortung zu übernehmen – und zwar aus einem dezidiert christlichen Impuls heraus! Er war fest davon überzeugt, dass der entscheidende politische Beitrag des Christen in seiner ideologieresistenten Anthropologie – dem christlichen Menschenbild – begründet liege.

Ehlers Überlegung bleibt für mich auch heute maßgeblich. Vom christlichen Menschenbild aus politisch konsequent zu denken, zu argumentieren und zu handeln erfordert in unserer weltanschaulich pluralen Gesellschaft Mut, Integrität und Standfestigkeit. Ein hoher Anspruch, in der Tat! Doch genau hier findet Christsein in politischer Verantwortung seine größtmögliche Konkretisierung.“

Johannes Selle

Geboren am 13. Januar 1956 in Lobenstein; evangelisch-lutherisch; verheiratet, drei Kinder.



Christliches Leben soll sich in die menschlichen Ordnungen einfügen und als dienend wahrgenommen werden.

den. „Seid untertan aller menschlichen Ordnung um des Herrn willen ...“. So steht es z. B. im 1. Brief des Petrus Kapitel 2.

Die Geschichte hat die menschliche Gesellschaft zur Erfahrung geführt, dass demokratische Strukturen für Frieden und Wohlstand am besten geeignet sind. Denn auf Dauer brauchen Menschen den Ausgleich von Interessen, den Schutz von Schwachen, die Gleichbehandlung und die Gleichberechtigung, Freiheit und Sicherheit, wenn eine Gesellschaftsordnung stabil und friedlich bleiben soll. Aber nur in der Demokratie werden alle Bürger aufgerufen, sich einzubringen, ihre Meinung zu äußern, Vorschläge zu machen und bei Wahlen mitzuentcheiden, welchen Überzeugungen für die folgende Legislaturperiode gefolgt werden soll. Christen sollten sich an Wahlen beteiligen.

Dieser Rahmen heißt für mich zuallererst, das christliche Menschenbild in den Mittelpunkt jeder Verantwortung und jeder Politik zu setzen. Denn damit ist die Einzigartigkeit jedes Menschen gewürdigt. Was banal klingt, hat für jede politische Entscheidung massive Folgen: Denn wir betrachten damit die Menschen nicht als Kollektiv, das völlig gleich zu beglücken sei. Und es hat zur Folge, dass wir damit Abstand nehmen von einer oberlehrerhaften Attitüde, die andere Parteien einsetzen, um die Gesellschaft mit Geboten und Verboten zu überziehen. Der Mensch ist fehlbar in seiner Individualität, aber eben auch wertvoll und besitzt Talent.

Zum Zweiten folgt diesem Rahmen eine Vorstellung von Solidarität. Nichts hat die Gesellschaften Westeuropas nach dem 2. Weltkrieg so sehr stabilisiert, wie der paritätische Wohlfahrtsstaat, der Aufstieg, Vermögenszuwachs und auch eine gerechte Verteilung von Lasten und Gewinnen sichergestellt hat. Uns kommt es immer darauf an, vor dem Verteilen auch ans Erwirtschaften zu denken. Denn Solidarität besteht nicht nur aus Geben, sondern auch daraus, die Menschen am Erarbeiten gleichberechtigt teilhaben zu lassen und sie dabei in die Verantwortung zu nehmen.

Und schließlich, drittens, heißt Christ sein, Subsidiarität ernst zu nehmen. Das heißt Verantwortung dem Einzelnen oder der möglichst kleinen gesellschaftlichen Einheit zu gewähren. Gerade aktuelle Debatten wie zur Gebietsreform zeigen, dass dieses Verständnis alles andere als selbstverständlich ist.

Christ sein in Verantwortung heißt, diese Dinge zu berücksichtigen und sich dabei stets auch der eigenen Fehlbarkeit bewusst zu sein. Es lehrt Demut und Bescheidenheit, denn über allem steht noch eine Instanz, die größer ist als wir alle.

Tankred Schipanski

Geboren am 30. Dezember 1976; verheiratet; evangelisch.

Den christlichen Glauben und unser demokratisches System verbindet ein ganz entscheidendes Element: Beides muss von engagierten Menschen mit Leben gefüllt und ganz konkret im Alltag ausgestaltet werden.

Christ sein im Hier und Jetzt, mit allen Problemen und Dilemmata, die das Leben mit sich bringt – Das ist ein Leitsatz der Ethik Dietrich Bonhoeffers, die mein Handeln als evangelischer Christ und Bundestagsabgeordneter in besonderem Maße prägt.

Damit stehen aber auch bewusst dienende Christen plötzlich vor der Frage, sollte ich auch in politischen und parlamentarischen Gremien mitarbeiten. Nicht selten werden engagierte Christen angefragt und aufgefordert für den Gemeinderat zu kandidieren. Mich hat diese Frage sehr beschäftigt, denn es ist wohl klar, dass Christen nicht die Mehrheiten verkörpern. Und Christen sind in Sachfragen auch nicht selbstverständlich immer einer Meinung. Damit kann bei intensiver Mitarbeit in einem politischen Gremium trotzdem eine Entscheidung herauskommen, die als unchristlich empfunden wird und für die Christen mitverantwortlich gemacht werden, da sie dem Entscheidungsgremium angehören.

Für mich ist aber entscheidend, dass Sichtweisen eingebracht werden, die sich auf das christliche Menschenbild gründen. Das bedeutet unter anderem, dass wir von Irrtum und Schuld wissen, dass wir den Neuanfang durch Entschuldigung und Versöhnung kennen, dass wir unseren Nächsten als Gottes Geschöpf so wie uns selbst wertschätzen und uns bewusst sind, dass wir Gott gegenüber verantwortlich sind. So habe ich in diesen Fragen sehr lange mit meinem Vater diskutiert und mich für die politische Arbeit entschieden. Das war in einer politisch aufgewühlten Situation, der Zeit der Wende, in der nach meiner Auffassung diese Prinzipien gebraucht wurden. Das Bekenntnis zu diesen Prinzipien wird über alle politischen Überzeugungen hinweg geschätzt und führt auf diesem Fundament zu einem besseren Miteinander und manchmal auch zu besseren Kompromissen.

Heute befindet sich, aus anderen Gründen, die Gesellschaft wieder in einer aufgewühlten Situation. Es geht um Zukunft, Werte, Spaltung, Integration.... Christliche Prinzipien werden nach meiner Überzeugung in diesen Fragen hilfreich sein und sollten gehört werden. Und ich möchte daran erinnern, dass wir mit dem Segen Gottes rechnen dürfen.

Antje Tillmann

Geboren am 28. August 1964 in Düsseldorf; Römisch-Katholisch.

Als Christin steht für mich der Mensch und seine Würde im Vordergrund meines Handelns. Ich fühle mich durch meinen Glauben dazu aufgefordert, mich einzubringen, einzumischen, verantwortliche Politik zu machen und dabei für christliche Werteorientierung einzustehen. Was heißt das tatsächlich?

Ich weiche schwierigen politischen Herausforderungen nicht aus und ringe um Lösungen, die primär der Würde des Einzelnen und dem Gemeinwohl dienen. Viele meiner zu treffenden politischen Entscheidungen sind Ge-



Es gilt sich buchstäblich ins Leben zu stürzen und nicht zu verharren, sich abzuwenden und auf bessere Zeiten zu warten. Als Maßstab des eigenen Handelns kann dabei nach Bonhoeffer gelten, ob es geeignet ist, Verantwortung für das Leben und die Zukunft anderer Menschen zu tragen. Keine leichte Ma-

xime, Bonhoeffer hat sie vorgelebt. Sein Lebensbekenntnis lautete: „Nicht im Möglichen schweben, sondern das Wirkliche tapfer ergreifen. Das ist Freiheit.“ Wir sind frei für die Demokratie, frei dafür, Verantwortung zu übernehmen und die Folgen unseres Handelns für uns selbst und andere zu bedenken. Das bedeutet im Bereich der Politik ausdrücklich nicht die skrupellose Durchsetzung des übertragenden Mandats, sondern die Wahrnehmung gegebener Möglichkeiten und die Fähigkeit zum Kompromiss.

Bonhoeffer mahnt uns zu Zweierlei: Erstens, sich den Problemen dieser Welt zu stellen, beständig gegen Dummheit, Intoleranz, Ungerechtigkeit und Gewalt zu kämpfen. Zweitens, dabei aktiv für Wahrheit, Freiheit und Verantwortungsbereitschaft einzutreten.

Das gilt insbesondere für das politische Leben und für diesen Weg habe ich mich entschieden. Ich möchte als Christ an der Entwicklung unserer demokratischen Gesellschaft nach bestem Gewissen und mit ganzen Kräften mitwirken.

Volkmar Vogel

Geboren am 18. Januar 1959 in Gera; evangelisch; verheiratet; zwei Töchter.



Die Würde des Menschen ist unantastbar. Nach unserem christlichen Menschenbild ist jeder ein Ebenbild Gottes, danach richte ich mein Denken und Handeln. Es ist für mich selbstverständlich, meinen Mitmenschen Vertrauen zu

schenken und ihnen aufgeschlossen gegenüber zu treten. Bei aller Vorsicht bin dabei noch nie auf die Nase gefallen.

Aus dem christlichen Menschenbild leiten wir unsere Grundwerte Freiheit, Solidarität und Gerechtigkeit ab, die Säulen jedes demokratischen Rechtsstaats. Aufgabe der Politik ist es, diese Grundwerte zu leben und zu verteidigen. Freiheit heißt für mich auch Pflicht zur Verantwortung.

wissensentscheidungen. Ich denke dabei beispielsweise an die Debatten zur Präimplantationsdiagnostik, der Stammzellenforschung oder der Sterbebegleitung. Natürlich ist dieses Gewissen von kulturellen und religiösen Normen und Werten geprägt und mir gibt der christliche Glaube eine verlässliche, handlungsleitende Orientierung für mein politisches Handeln. Der stetige sachliche Austausch mit Kirchenvertretern und Christen in meinem Umfeld hilft mir dabei.



Damit ist der Christliche Glaube für mich eine feste Richtschnur, die ich in aktuelle politische Fragen übersetze, um ihn weiterzutragen, um zwischen den verschiedenen politischen und gesellschaftlichen Interessen vermitteln, um entscheiden zu können.

Es mir deshalb wichtig, in Zeiten, in denen der allgemeine Ton immer rauer wird, die Christen auch am Ton untereinander und mit anderen zu erkennen. Zuhören können, Verständnis, Hilfe, Verzeihen können, das füreinander da sein – diese und weitere christliche Werte der Nächstenliebe – versuche ich, auch in meinem täglichen Leben, in meinem dienstlichen und privaten Umfeld hochzuhalten. Das eigene Verhalten als christliche Politikerin wird natürlich auch von der Öffentlichkeit eng verfolgt und sicher bin auch ich nicht ohne Fehler. Mein Anspruch ist, dass meine innere, christlich geprägte Grundhaltung sowohl in meinem persönlichen Tun, als auch in meinem politischen Agieren und meinen Entscheidungen deutlich erkennbar ist und daran möchte ich mich gerne messen lassen.

Albert Weiler

Geboren am 15. Oktober 1965; römisch-katholisch; verheiratet, ein Kind.

Gerade ein paar Wochen liegt der evangelische Kirchentag zurück, zu dem viele tausend Christen zusammenkamen, um Gottesdienste zu feiern und sich über gesellschaftlich relevante Themen auszutauschen. Das diesjährige Motto „Du siehst mich“ spricht mich auch als katholischer Christ in politischer Verantwortung an. Meine Kirchenzugehörigkeit und mein persönliches Bekenntnis sind nicht nur Privatsache.

Als Christ bin ich gefordert, mich in Debatten und Auseinandersetzungen zu Wort zu melden. Dabei sind es auch leise Themen, die nicht die große mediale Beachtung finden, wie das kürzlich verabschiedete Gesetz zur

In meiner politischen Arbeit, beispielsweise in der Bau- und Wohnungspolitik, ist es mein Ziel, die Freiheit jedes einzelnen, das solidarische Handeln und Gerechtigkeit für alle in Einklang zu bringen. Wohnen ist für mich eine soziale Frage. Die Politik muss die Rahmenbedingungen für ein würdevolles Wohnen ermöglichen. Es ist die Kunst, soziale Gerechtigkeit herzustellen und dabei das freiheitliche Handeln jedes Einzelnen zu schützen.

Christliche Grundwerte bestimmen auch meine Haltung in der Flüchtlingspolitik. Es ist unsere Aufgabe, Flüchtlingen zu helfen, die in ihrer Not zu uns gekommen sind. Noch wichtiger ist es, in ihren Heimatländern mit dafür zu sorgen, Fluchtursachen zu beseitigen, um den Menschen dort ein menschenwürdiges Leben zu ermöglichen.

Ich werde oft auf das Gebot der Nächstenliebe angesprochen. Gerade bei Fragen der sozialen Gerechtigkeit appellieren die Leute gerne an das „C“ im Parteinamen. Leider stelle ich fest, dass dieselben Menschen bei der Diskussion über Flüchtlingspolitik und Integration das „C“ vergessen.

Für mich ist jeder Mensch, egal wo er herkommt und was er darstellt, ein individuelles und soziales Wesen, versehen mit der unveräußerlichen Würde, zur Freiheit berufen und zur Verantwortung verpflichtet – gegenüber sich selbst und jedem Mitmenschen.

Mark Hauptmann

Geboren am 29. April 1984 in Weimar, ledig, evangelisch-lutherisch.



Martin Luther brachte mit der Entdeckung der Gnade Gottes den Menschen eine neue Freiheit – ohne ständige Sorge um das eigene Seelenheil, frei für den Dienst

an der Gesellschaft. Mit dem reformatorischen Glauben geht bis heute das Ziel des richtigen Umgangs mit dieser Freiheit einher. Auch im Jahr des 500. Jubiläums der Reformation ist die Frage nach der Verantwortung, die man als Christ trägt, ungebrochen aktuell.

Für mich als Abgeordneten des Deutschen Bundestags bildet das christliche Menschenbild das feste Fundament meiner täglichen Arbeit. Es dient mir als Richtschnur für teilweise schwierige politische Entscheidungen, die ich als direkt gewählter Vertreter der Bürgerinnen und Bürger in meinem Wahlkreis zu treffen habe. Mein Handeln beruht auf der Überzeugung

Verbesserung der Beistandsmöglichkeiten unter Ehegatten und Lebenspartnern. Damit werden notwendige Rahmenbedingungen für ein gutes Zusammenleben in Familie und Gesellschaft ermöglicht. Als Christ sehe ich darin die Herausforderung, die Schöpfungsordnung Gottes zu bewahren.



Ein besonderes Thema habe ich nach einem Besuch in Armenien im Jahr 2014 gefunden. Armenien ist ein Land mit sehr alter christlicher Tradition, dass seit seiner Unab-

hängigkeit 1991 einen demokratischen Weg eingeschlagen hat, den es zu unterstützen gilt. Zwar hat Armenien eine schwierige geografische Lage, aber es hat ein enormes geistliches und wirtschaftliches Entwicklungspotenzial. Mit der Gründung des Deutsch-Armenischen Forums ließ sich der Austausch zwischen den beiden Ländern vorantreiben und die Beziehung vertiefen.

Internationale Vernetzung ist ein großer Gewinn in einer globalisierten Welt. Deshalb nehme ich als deutscher Vertreter regelmäßig an dem in Washington stattfindenden National Prayer Breakfast teil. Mit mehr als 3000 Gästen aus über einhundert Ländern ist dieses Treffen eine Gelegenheit, um Weltverantwortung als Christ in einer größeren Dimension zu verstehen. Auf all diesen unterschiedlichen Ebenen, ob international, in Berlin oder in meinem Wahlkreis, wird dieses „Du siehst mich“ zum persönlichen Zuspruch. Gott ist dabei, wenn ich meine Verantwortung als Christ wahrnehme.

der Bestimmung des Menschen zu Freiheit und Verantwortung und auf dem christlichen Selbstverständnis, mich für den generationenübergreifenden Erhalt einer lebenswerten Umwelt samt guten ökonomischen Rahmenbedingungen einzusetzen. Dazu gehört auch der schonende Umgang mit unseren Ressourcen im Sinne der Nachhaltigkeit, um jedem auch in Zukunft ein gutes Leben zu ermöglichen.

Um die Interessen der Bürgerinnen und Bürger adäquat zu vertreten, bin ich auch gerne im engen Austausch mit den Kirchen in Südthüringen und freue mich über Gelegenheiten zu Besuchen und Gesprächen. In meinen Augen sind Kirchen als Institutionen, aber vor allem die Kirchgemeinden vor Ort, die das Miteinander im ländlichen Raum bereichern und mit Leben füllen, unverzichtbar für unsere Gesellschaft. Dieses Engagement gilt es zu erhalten – ohne jedoch zu sehr in den politischen Meinungsbildungsprozess einzugreifen, da ich dies als originäre Aufgabe der Parteien sehe.

Das Reformationsjubiläum im Jahr 2017 ist eine große Chance für Deutschland und insbesondere für das Lutherland Thüringen. Wir haben herausragende Reformationsstätten wie die Wartburg, Schloss Wilhelmsburg in Schmalkalden, Luthers Studienort Erfurt oder Möhra als Stammort der Familie Luther, die viele Besucher anlocken. Die Thüringer können zurecht stolz sein auf das Erbe Luthers und seiner Mitstreiter, das sich aber nicht nur in Orten der Reformation, sondern vor allem im Gedankengut ausdrückt, das unsere aufgeklärte und am sozialen Miteinander ausgerichtete Gesellschaft auszeichnet.

Wir über uns +++ Wir über uns +++ Wir über uns +++Wir über uns

Der Landesvorstand des Evangelischen Arbeitskreises in Thüringen

Vorsitzender: *Prof. Dr. Jens Goebel (Schmalkalden)*

Stellvertreter: *Hildigund Neubert (Limlingerode), Volker Heerdegen (Apolda)*

Beisitzer: *Dr. Detlef Baer (Erfurt), Tillmann Bauer (Erfurt) Dr. Ulrich Born (Ilmenau), Dr. Karl-Eckhard Hahn (Stotternheim), Hans-Steffen Herbst (Königsee), Gudrun Holbe (Artern), Jörg Kellner (Zimmernsupra), Christian Klein (Gera), Johannes Selle (Sondershausen) und Dr. Gunnar Wolf (Jena)*

Der Evangelische Arbeitskreis in Thüringen

Der Evangelische Arbeitskreis der CDU/CSU ist ein Zusammenschluss evangelischer Christen in den Unionsparteien, der das Ziel verfolgt, protestantisches Denken und protestantische Überzeugungen in die politische Arbeit der Union einzubringen und evangelische Christen zum politischen Engagement zu ermutigen. Er wurde 1952 vom damaligen Bundestagspräsidenten Dr. Hermann Ehlers gegründet. Ehlers Anliegen war es, das Profil der Union als überkonfessioneller, auf christlichem Fundament stehender politischer Kraft in Deutschland zu schärfen und die evangelische Stimme in der Partei zu einen und zu stärken. Dieser ökumenische Ansatz stand auch an der Wiege des Thüringer Landesverbandes, der 1991 unter dem Motto „Die provozierende Kraft des C“ in der Reformationsstadt Schmalkalden aus der Taufe gehoben wurde.

In eigener Sache – Namen und Positionen

Bundestagung des Evangelischen Arbeitskreises wählt neuen Vorstand – Christine Lieberknecht und Johannes Selle in ihren Ämtern bestätigt

Am Rande des Deutschen Evangelischen Kirchentages fand am 24. Mai 2017 die Bundestagung des Evangelischen Arbeitskreises (EAK) der CDU/CSU statt. Die Delegierten aus den sechzehn deutschen Län-

gliedern gelten Gruß und Dank des Thüringer EAK-Landesvorstands.

In einer Resolution aus Anlass des Reformationsjubiläums stellten die Delegierten des EAK fest, es sei

te eines gewachsenen, konfessionsübergreifenden Bewusstseins der gemeinsamen Verantwortung vor Gott und den Menschen.“

Weiter heißt es, dass die Menschen nicht durch sich selbst, sondern im Glauben an Jesus Christus befreit sind. „Dieser befreiende Glaube will aber vor allem nicht nur im privaten Kämmerlein gelebt werden, sondern auch für unsere Nächsten Strahlkraft und Segen entfalten. Er bewahrt uns zudem vor allen möglichen Illusionen über uns selbst sowie vor allen menschlichen Allmachtphantasien, Utopien und Ideologien. Und er ermutigt uns gleichzeitig zur beherzten und gewissenhaften Tat.“

Am Abend trafen sich Kirchentagsbesucher und Delegierte der EAK-Bundestagung beim traditionellen Kirchentagsempfang des EAK, an dem auch der EKD-Ratsvorsitzende Bischof Heinrich Bedford-Strohm und die Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel MdB teilnahmen.

Prof. Dr. Jens Goebel



den bestätigten den Bundesvorsitzenden Thomas Rachel MdB, seine Stellvertreterin, die frühere Thüringer Ministerpräsidentin Christine Lieberknecht MdL und als Beisitzer Johannes Selle MdB aus Sondershausen in ihren Ämtern. Ihnen sowie allen anderen Vorstandsmit-

„ausdrücklich zu begrüßen, dass die Evangelische Kirche in Deutschland (EKD) das Reformationsjubiläum 2017 als „Christusfest“ und im Geiste der ökumenischen Versöhnung begeht. Die ökumenischen Fortschritte, insbesondere seit der Mitte des letzten Jahrhunderts, sind nicht zu übersehen. Sie sind Fruch-

Reihe: „Der Landesvorstand stellt sich vor“

Dr. Gunnar Wolf, Mitglied im Landesvorstand des EAK Thüringen



Name:

Dr. Gunnar Wolf

Wohnort:

Jena

Alter:

56

Beruf:

Tätig als Referatsleiter Arbeitsschutz im Thüringer Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie

In welcher Kirchengemeinde sind Sie beheimatet?

In der Evangelisch-Lutherischen Kirchengemeinde Jena-Nord

Welche Bedeutung hat für Sie Ihr Christsein in Ihrem Alltag?

Christlicher Glaube bestärkt mich, aktiv in unserer Gesellschaft zu wirken und Verantwortung zu leben. Dieser Glaube fordert mich beherzt und engagiert auf, sich einzubringen, Brücken zu bauen sowie sich durch Misserfolge nicht zurückwerfen zu lassen. Gottes Wort ist mir dabei die tragende Säule.

Sie engagieren sich ehrenamtlich im Landesvorstand des Evangelischen Arbeitskreises der CDU Thüringen. Was hat Sie dazu bewogen?

Als Christ und CDU-Mitglied lernte ich mit der politischen Wende zahlreiche engagierte Christen kennen, die am Neuaufbau des Landes beteiligt waren. Darunter befanden sich auch viele CDU-Mitglieder, die aus westlichen Landesverbänden nach Thüringen kamen. Unter ihnen waren sehr viele katholische, aber auch evangelische Christen. Zugleich lernte ich einige Gründungsmitglieder des Thüringer Evangelischen Arbeitskreises kennen, die mich zur Mitarbeit einluden. Zu Ihnen gehörten u.a. die spätere Ministerpräsidentin Christine Lieberknecht und der, leider viel zu früh verstorbene, Marbacher Pfarrer Arthur Wild. In all den folgenden Jahren war es immer die besondere Atmosphäre und das geistige Miteinander, das auch andere evangelische Christen zur Mitarbeit bewegte.

Was verbinden Sie mit dem Reformationsjubiläum in diesem Jahr?

Es ist gut, dass Christen, wie auch die zahlreichen Nichtchristen in unserem Land durch eine rege Öffentlichkeitsarbeit und zahlreiche Veranstaltungen wieder einmal sensibilisiert und motiviert werden, Innezuhalten, um zu schauen, was trägt uns, was hat unser Land und unsere Gesellschaft geprägt, was ist Teil unserer Geschichte und damit auch Teil unserer Gegenwart. Im Übrigen erwarte ich in der Folge auch zahlreiche Impulse für den ökumenischen Prozess. 500 Jahre Reformation bietet auch die Chance, sich dieser Geschichte und den nachfolgenden, teils sehr wechselvollen, Zeitabschnitten zu

nähern, miteinander ins Gespräch zu kommen, dabei christlichen Glauben zu bekennen und für unsere Kirche zu begeistern. Zudem bietet uns dieses Jubiläum den willkommenen Anlass, auch weniger bekannte Orte der Reformation aufzusuchen und (wieder) kennen zu lernen, wie z.B. das Lutherhaus in Neustadt an der Orla.

Was möchten Sie als Mitglied des Landesvorstandes des EAK beweisen?

Wir befinden uns gegenwärtig in einer sehr bewegten Zeit. Menschen aus fernen Ländern kommen zu uns und suchen Schutz und zahlreiche auch eine neue Heimat. Diese Menschen brauchen oft eine neue Orientierung. Hier sind auch wir als Christen und Gesellschaft gefordert. Vor diesem Hintergrund erlangt die Aufgabe des EAK, Brücke zu sein, im gesellschaftlichen Dialog, vor allem zwischen Kirche und Politik, eine völlig neue Dimension. An diesen Gesprächen mitzuwirken sehe ich als meine Aufgabe.

Haben Sie einen Lieblingspsalm? Wenn ja, welcher ist es und weshalb?

Das ist mein Taufspruch, der bekannte Psalm 23: „Der HERR ist mein Hirte, mir wird nichts mangeln, er weidet mich auf einer grünen Aue und führet mich zum frischen Wasser ...“ In allen Lebenslagen finde ich in diesen Worten Trost und vor allem Zuspruch. Ich möchte aber noch eine Textstelle aus der Bibel nennen, die viele Ostdeutsche 1987 mit einem DEFA-Film kennen gelernt haben: „Einer trage des andern Last“ Dieser Galatervers war aber im Filmtitel unvollständig wiedergegeben, sein zweiter Teil fehlte. Er lautet: „... so werdet ihr das Gesetz Christi erfüllen“ (Galater 6, V 2). Auch

dieser Vers ist für mich als Christ eine Handlungsmaxime.

Welches Lied singen Sie im Gottesdienst besonders gerne?

"Vertraut den neuen Wegen, auf die uns Gott gestellt" von Klaus Peter Hertzsch. Dieses Mut machende Lied, bekannt geworden in der Wendezeit, hat bis heute nichts an Aktualität verloren. Zudem ist seine Melodie einprägsam, im Gegensatz zu manch anderem Lied im Gesangbuch.

Was trägt Sie und womit beschäftigen Sie sich in Ihrer Freizeit?

Neben dem Glauben trägt mich meine Familie, besonders meine Ehefrau. Die knapp bemessene Freizeit gilt der Familie und einigen wenigen Hobbys, wie der gemeinsamen Freude am Garten und seiner Gestaltung und u.a. dem Interesse an der neuen deutschen Geschichte.

Welches Lied singen Sie im Gottesdienst besonders gerne?

"Vertraut den neuen Wegen, auf die uns Gott gestellt" von Klaus Peter Hertzsch. Dieses Mut machende Lied, bekannt geworden in der Wendezeit, hat bis heute nichts an Aktualität verloren. Zudem ist seine Melodie einprägsam, im Gegensatz zu manch anderem Lied im Gesangbuch.

Was trägt Sie und womit beschäftigen Sie sich in Ihrer Freizeit?

Neben dem Glauben trägt mich meine Familie, besonders meine Ehefrau. Die knapp bemessene Freizeit gilt der Familie und einigen wenigen Hobbys, wie der gemeinsamen Freude am Garten und seiner Gestaltung und u.a. dem Interesse an der neuen deutschen Geschichte.

Bürgerbeteiligung bei Großprojekten: Das Pumpspeicherwerk Schmalwasser

Bürgerschaftliches Engagement verhindert fragwürdiges Großprojekt im Thüringer Wald

von Andreas Trautvetter, Minister a.D. und Mitglied in der Bürgerinitiative „Kein Energiespeicher am Rennsteig“



Andreas Trautvetter war von 1992 bis 2008 Minister in verschiedenen Landesregierungen, so von 1994 bis 2002 Finanzminister im Kabinett Vogel. Nach seinem Ausscheiden aus der aktiven Politik engagiert er sich vielfältig ehrenamtlich, u.a. in der Bürgerinitiative „Kein Energiespeicher am Rennsteig“

Ein kurzes Wort zur Vorgeschichte. Die demografische Entwicklung und rückläufiger Wasserabsatz brachten es mit sich, dass die Trinkwassertalsperre Schmalwasser nicht mehr benötigt wurde, und die Landesregierung erwog eine andere Nutzung. Der für Energie zuständige Minister Machnig unterschrieb mit seinen damaligen Kollegen Reinholz und Carius einen „Letter of Intent“ mit dem Investor TRIANEL, der die Umnutzung zu einem Pumpspeicherwerk (PSW) unterstützte. Ein Gutachten wies aus, dass unter Beachtung aller, auch naturschutzfachlicher Gesichtspunkte ein 580 MW-Pumpspeicherwerk mit einem Oberbecken nördlich der Schmalwassertalsperre die beste Lösung sei. Hätte der Investor dies so geplant, würden wahrscheinlich heute schon die Bagger arbeiten und ein Teil der Thüringer Natur wäre unwiederbringlich zerstört. Die kommunale Zustimmung nördlich des Rennsteiges war schnell durch versprochene Gewerbesteuererinnah-

men erlangt und gegen das Argument: Wind und Sonne können nicht permanent Energie liefern, deshalb benötigt man große Speicherkapazitäten, können die Befürworter regenerativer Energieerzeugung doch wohl nicht sein.

Dem Investor ist dann aber schnell aufgegangen, dass die Höhenunterschiede im Thüringer Wald noch deutlich größer sind und man deshalb mit einem anderen Oberbecken einen viel größeren Ertrag und Gewinn erzielen könnte. Anvisiert waren nun 1.000 MW. Da gab es doch einmal in der Geschichte einen Vergleich, wie sich mit steigendem Profit alle anderen Interessen beiseiteschieben lassen. Wenn man aber das Heiligtum des Thüringer Waldes, den Rennsteig, antastet,



Staumauer der Talsperre Schmalwasser

hört bei den Bürgern die Zustimmung zu Großprojekten auf und auch nördlich des Rennsteiges wurde der Protest größer, weil eine solche Leistung nur durch eine zusätzlich 380 KV-Leitung anzubinden ist.

Kritiker der Bürgerbeteiligung argumentierten sofort, dass wieder

die sogenannten „Wutbürger“ wichtige Infrastrukturinvestitionen im Land blockieren. Und wie bei Stuttgart 21 wurde der Vorwurf erhoben, dass der Bürger nicht will, dass sich vor der eigenen Haustür etwas ändert und damit der Fortschritt in Deutschland blockiert wird. Stuttgart 21 hatte aber auch gezeigt, dass man heute nicht einfach Großprojekte gegen Bürgerproteste durchsetzen kann. Es sind nicht nur die „Wutbürger“, sondern fachlich versierte Ingenieure, Physiker und engagierte Menschen aus der gesamten Region im mittleren Thüringer Wald, die dieses Großprojekt kritisch hinterfragt haben und durch viele fachliche Argumente dazu beitragen konnten, dass im größten unzerschnittenen Naturraum im Thüringer Wald nicht eine

2 km lange Betonwanne direkt am Rennsteig entsteht. Bürgerbeteiligung gegen die Planungen dieses Oberbeckens war nicht nur eine Protestaktion. Engagierte Menschen sammelten sich in der Bürgerinitiative „Gegen einen Energiespeicher am Rennsteig“ und die Durchsetzung eines Runden Tisches, der die Möglichkeit gab, alle planungsrelevanten Bereiche im

Vorfeld noch einmal öffentlich zu diskutieren, war ein erster großer Erfolg.

Investor und Landespolitik taten in dieser Zeit aller Erdenkliche, um dieses Großprojekt zu realisieren. Sogar der Landesentwicklungsplan wurde so geändert, dass der

Schutzstatus unzerschnittener Naturräume für Energiespeicher aufgehoben werden konnte. Die Art und Weise, wie mit den Kritikern des Projektes am Runden Tisch umgegangen wurde, erinnerte mehr daran, dass diese Einrichtung zwar als notwendiges Übel empfunden wurde, aber eben nur ein Deckmäntelchen für mehr Bürgerbeteiligung abgeben sollte.

Die fachlich fundierten Beiträge der Bürgerinitiative konnten nachweisen, dass es für das Projekt heute überhaupt keine energiewirtschaftliche Notwendigkeit mehr gibt. Vor allem konnte die BI aufzeigen, dass die heute bereits bestehenden PSW in Sachsen und Thüringen keine erneuerbaren Energien speichern, sondern regelmäßig nachts mit Braunkohlestrom Wasser in die Oberbecken pumpen, um ihn dann tagsüber als „grünen“ Wasserstrom auf den Markt zu bringen. Dazu kam, dass gerade die erneuerbaren Energien das Geschäftsmodell der Pumpspeicherwerke kaputt gemacht haben. Es gibt heute nicht mehr den billigen Strom in der Nacht und teuren Strom am Tag, wo aus der Differenz der Strompreise PSW-Betreiber ihren Gewinn erzielen konnten. Das zeigen auch aktuelle Veröffentlichungen des größten PSW-Betreibers Vattenfall. Neue Speichertechnologien sind

auf dem Vormarsch. Batteriespeicher und die Power-To-Gas-Technologie werden in wenigen Jahren Energieerzeugungsanlagen aus Sonne und Wind grundlastfähig machen und damit Großprojekte wie das Pumpspeicherwerk am Rennsteig, die mit einer gigantischen Naturzerstörung verbunden sind, verhindern. Das Gleiche gilt übrigens auch für die geplanten großen Nord-Süd-Leitungen, ob sie als Erdkabel oder als große Überlandleitungen geplant sind. Viele wissenschaftliche Untersuchungen gehen davon aus, dass die zukünftige Energieversorgung über erneuerbare Energie einer dezentralen Vernetzung bedarf, bei der der Ausbau der Verteilnetze und die Steuerung dieser in der 110 KV Ebene und darunter viel bedeutsamer wird, als der weitere Ausbau der Höchstspannungsebene.

Bürgerschaftliches Engagement zum PSW Schmalwasser hat dazu geführt, dass ein aus heutiger Sicht unwirtschaftliches Großprojekt mit einer gigantischen Naturzerstörung nicht gestartet werden konnte. Aber noch sind nicht alle Gefahren gebannt. Der Ruf der Energielobby hallt fort: Schafft bitte eine neue Subvention, wie die Befreiung von Netzentgelten, damit wir weitere PSW planen und bauen dürfen. Gemeint ist damit ein weiteres

Gesetz, dessen Auswirkungen der Bürger durch einen neuen Kostenbestandteil aus seiner Stromabrechnung bezahlen muss. Politische Entscheidungen im Energiebereich werden leider noch viel zu sehr durch die Energielobby der großen Konzerne beeinflusst. Wenn die Politik diesen Forderungen nachgibt, besteht die Gefahr, dass die Planungen für ein PSW Schmalwasser weitergehen. Deshalb muss auch das bürgerschaftliche Engagement gegen dieses Großprojekt weitergehen.

In unserem Engagement gegen das PSW Schmalwasser geht es auch um solche Fragen:

- Wer entscheidet über die Zukunft unserer Region?
- Die Menschen, die hier ihr Zuhause haben?
- Oder Politiker, die ihr Amt zeitlich befristet in repräsentativen Wahlen erhalten?

Herr Machnig, der den Thüringer Wald in seiner Kernzone gern einem Energieinvestor überlassen hätte, sitzt heute in Berlin. Die Menschen, die hier ihre Heimat haben, hätten seine politischen Entscheidungen ein Leben lang zu ertragen.

Stotternheims Platz in der Weltgeschichte – die Folge eines Gewitters und einer nicht wirklich geklärten Geschichte

Prof. Dr. Andreas Lindner, außerordentlicher Professor für Kirchengeschichte am Martin-Luther-Institut der Universität Erfurt

Am 2. Juli 1505 geriet der junge Magister Martin Luther kurz vor Erfurt bei Stotternheim in ein schweres Gewitter. Ein in seiner Nähe einschlagender Blitz erschreckte ihn derart, dass er der heiligen Anna gelobte, ein Mönch zu werden, wenn sie ihm aus dieser Gefahr helfe. Die heilige Anna war als Schutzpatronin der Berg-

leute auch die seiner Familie. Was Luther in dieser Situation wirklich im Einzelnen erlebt hat, kann niemand mehr mit Sicherheit sagen. Zumal er erst sehr viel später, als er bereits zum Reformator geworden war, selbst öffentlich darüber sprach und schrieb.

Was widerfuhr Luther hier am 2. Juli 1505? War es „nur“ ein schwe-

res Gewitter, das in diesem Moment für sein religiöses und sensibles Gemüt, vielleicht behaftet mit einer Lebens- und Orientierungskrise, zu viel war? Oder war es mehr? Etwas, das sich als eine Begegnung mit Göttlichem oder mit Satanischem interpretierten ließ?



Prof. Dr. Andreas Lindner, außerordentlicher Professor für Kirchengeschichte am Martin-Luther-Institut der Universität Erfurt

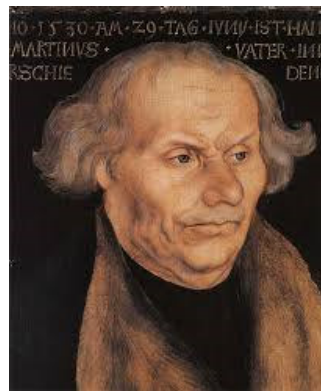
Wissenschaftlicher Werdegang:

1979-1982 Kirchliches Oberseminar Potsdam-Hermannswerder
 1982-1987 Studium der Evangelischen Theologie an der Kirchlichen Hochschule (KOS) Naumburg/Saale und an der Kirchlichen Hochschule (Sprachenkonvikt) Berlin (Ost)
 1987-1990 Vikariat in der Domgemeinde Naumburg/Saale
 1990-1993 Assistentur an der Kirchlichen Hochschule Naumburg/Saale, anschl. Promotion
 1993-1999 Wissenschaftlicher Mitarbeiter für die Fächer Kirchengeschichte und Systematische Theologie am Institut für Evangelische Theologie der Pädagogischen Hochschule Erfurt
 seit 2000 Wissenschaftlicher Mitarbeiter für die Fächer Kirchengeschichte und Systematische Theologie am Institut für Evangelische Theologie, seit WS 2001/2002 Martin-Luther-Institut der Universität Erfurt
 2011 Habilitation für das Fach Kirchengeschichte und ihre Didaktik an der Erziehungswissenschaftlichen Fakultät der Universität Erfurt
 seit 2015 außerordentlicher Professor für Kirchengeschichte am Martin-Luther-Institut der Universität Erfurt



Eine Antwort hierauf ist schwierig, denn selbst der älteste Bericht ist in einem Abstand von 14 Jahren zu dem Geschehen verfasst. Crotus Rubeanus, ein Mitstudent Luthers, erinnert ihn in einem Brief, die göttliche Vorsehung habe es so eingerichtet, dass ihn „[...] zurück-

reisend von den Eltern ein himmlischer Blitz wie einen anderen Paulus vor der Stadt Erfurt zur Erde geworfen und ins Augustinerkloster getrieben“ habe. Rubeanus gehörte sicher zu den Zeugen, denen Luther zuerst von dem Erlebten berichtete. Er war einer seiner Bursengenossen und gegenüber seinen Freunden hat Luther damals seinen Entschluss, ins Kloster einzutreten, rechtfertigen müssen. Die trösteten sich, indem sie das Ereignis überhöhten und in Parallele zur biblischen Bekehrungsgeschichte des Saulus-Paulus setzten. Auch einer seiner Lehrer im Augustinerkloster, Johann Nathin, rühmte ihn als „eyn andern Paulum, der durch Christum wunderbarlichen bekerth“ worden sei. Luther wurde zwar nicht wie Paulus erst zum Christentum bekehrt, sondern zu dem Weg, unter dem man damals die vollkommene christliche Existenz verstand - zum Mönchtum. Der Bezug auf Paulus zeigt aber, dass Luthers Umgebung damals sein Erlebnis bei Stotternheim als göttliche Führung interpretierte.



Vater Hans Luther

Ganz anders sah das sein Vater. Er hatte bereits Heiratspläne für den Sohn geschmiedet, der gerade den Weg zu einer juristischen Karriere angetreten hatte. Es war damals ungleich schwieriger als heute, Kinder gesund ins Erwachsenenalter zu bringen. Und nun der Karrierebruch bevor alles richtig angefangen hatte. Luther schreibt rückblickend: „Als ich erstlich ein Mönch

wurde, da wollte mein Vater auch tolle werden, war übel zufrieden und wollte mir's nicht gestatten, und ich wollt's gleichwohl auch mit seinem Wissen und Willen tun. Als ich's ihm schrieb, antwortete er mir schriftlich und hieß mich Du – zuvor hieß er mich Ihr, weil ich Magister war – und sagte mir alle Gunst und väterlichen Willen gar ab.“ Der Vater meinte, es könne auch eine Täuschung des Teufels gewesen sein. Die per Briefwechsel geführte Diskussion endete in einer schicksalhaften Wendung, die noch deutlicher macht, wie bitter der Verlust dieses Sohnes an das Kloster für Hans Luther gewesen sein muss. Luther fährt in seiner Erinnerung fort: „Da kam ein Pestilenz, dass ihm zwei Söhne starben, und er kriegte eine Botschaft, ich sollte auch gestorben sein, [...]. Danach hielten und trieben sie meinen Vater an, er sollte auch was Heiliges in seine Ehre opfern, dass ich in heiligen Orden einträte und ein Mönch würde. Der Vater hatte viel Bedenken, wollte nicht, so lange bis er überredet war, und gab endlich darein einen unwilligen traurigen Willen. [...]“ Noch 1507 bei der Feier seiner Primiz, der ersten Messe nach seiner Priesterweihe, bemerkte der Vater in Bezug auf das Gewitter bei Stotternheim: „Schauet auch zu, das es nit ein gespenst sey.“



Luther als Mönch

Luther selbst äußerte sich 1521 zum ersten Mal gezielt in seiner Schrift über die Mönchsgelübde „De votis monasticis“. Er nutzt de-

ren Vorwort, um vorgeblich in aller Öffentlichkeit reinen Tisch mit seinem Vater zu machen: „Es sind nun fast sechzehn Jahre her, seit ich gegen Deinen Willen und ohne Dein Wissen Mönch geworden bin. In väterlicher Sorge [...] fürchtest Du für mich, denn an vielen ähnlichen Beispielen hattest Du erfahren, daß diese Art zu leben, manchem zum Unheil gereicht hatte. Deine Absicht war es sogar, mich durch eine ehrenvolle und reiche Heirat zu fesseln. [...] Auch war Dein Unwille gegen mich (nach dem Eintritt ins Kloster) eine Zeitlang nicht zu besänftigen. [...] Endlich aber gabst Du doch nach und fügtest Dich dem Willen Gottes - aber ohne deswegen die Sorge um mich aufzugeben. Denn ich erinnere mich als wäre es heute: Du sprachst schon wieder besänftigt mit mir. Da versicherte ich Dir, daß ich vom Himmel durch Schrecken gerufen, nicht etwa freiwillig oder auf eigenen Wunsch Mönch geworden sei. [...] von Schrecken und der Furcht vor einem plötzlichen Tode umwallt, legte ich ein gezwungenes und erdrungenes Gelübde ab. Da sagtest Du: ‘Möchte es nur nicht eine Täuschung und ein Blendwerk gewesen sein.’“

Der Zwist mit dem Vater ist allerdings nur der Aufhänger für Luthers Ausführungen. Es ging ihm vielmehr darum, seine – quasi autorisierte – Version von Stotternheim in die kirchliche und akademische Öffentlichkeit zu bringen.

Luthers Freund und Tischgast Anton Lauterbach überliefert, wie er später mit einem Abstand von 34 Jahren, am 16. Juli 1539 berichtet: „Heute ist die jährige Zeit, da ich in das Kloster zu Erfurt gezogen. Und er begann die Geschichte vorzutragen, auf welche Weise er das Mönchsgelübde gelobt hatte, nämlich da es kaum 14 Tage zuvor geschehen sei, daß er beim Reisen durch einen Blitz nahe Stottern-

heim nicht weit von Erfurt so erschreckt worden sei, daß er im Schrecken gesagt habe: Hilf du, St. Anna, ich will ein Mönch werden! Aber Gott hat damals mein Gelübde hebräisch verstanden: Anna, das ist unter der Gnade, nicht nach dem Gesetz. Danach hat mich das Gelübde gereut und viele haben mit abgeraten. Ich aber blieb beharrlich und lud einen Tag vor Alexius etliche von den besten Freunden zum Abschied, daß sie selbst mich am Morgen in das Kloster führen sollten. Als aber jene ihn aufhalten wollten, habe er gesagt: Heute sehet ihr mich und nimmermehr! dann versammelten sie sich mit Tränen um mich. Und mein Vater war ziemlich zornig über das Gelübde, aber ich bin beharrlich bei meinem Vorsatz geblieben. [...]“

Die Frage ist: Wie wahrheitsgetreu berichtet Luther? Dass er den Vorgang im Nachhinein an seine Biographie anpasst, wird an der theologischen Interpretation seines Hilferufes zur Heiligen Anna deutlich. Er hatte Anna als eine der Frömmigkeit jener Zeit vertraute Nothelferin angerufen. An einen durch die Rechtfertigungslehre geprägten Hintergrund, wie er durch den Satz: „Aber Gott hat damals mein Gelübde hebräisch verstanden: Anna, das ist unter der Gnade, nicht nach dem Gesetz.“ gezeichnet wird, war noch nicht zu denken. Der Weg ins Kloster hatte sich als Irrweg erwiesen. Das Erlebnis von Stotternheim gewinnt dadurch etwas Peinliches und es verwundert nicht, dass Luther in den späteren Jahren auf solche Details nicht mehr gerne eingeht.

In der Historiographie lassen sich drei Standpunkte feststellen.

Der erste geht davon aus, dass Luthers Bekehrung zum Mönchtum folgerichtiges Endergebnis eines längeren inneren Entwicklungsprozesses war, das mit dem

Gewittererlebnis krisenhaft hervorbrach. Diese Sichtweise hat den Vorteil, dass das Ereignis von Stotternheim rationalisiert, d. h. auf die Ebene der aufgeklärten Vernunft gebracht werden kann. Mit ihr ist zugleich die Hauptströmung innerhalb der Lutherbiographik bis in die heutige Zeit umschrieben, sofern die Autoren näher auf Stotternheim eingehen.

Der Gegenstandspunkt zur These von Luthers innerem Entwicklungsprozess zum Kloster hin legt allen Nachdruck auf die Plötzlichkeit der Bekehrung. Zwar erkennt auch er an, dass es im Vorfeld Ereignisse gab, die Luther beeinflusst haben könnten. Diese werden aber alle relativiert. Es geht dabei vor allem um Luthers inneren Kampf um den durch Buße und Genugtuungsleistungen möglichst gnädig zu stimmenden Gott, der in die allgemeine religiöse Situation des Spätmittelalters eingebettet ist. Viele wurden davon umgetrieben, was auch überhaupt erst den Erfolg des Ablasshandels erklärt. Und längst nicht alle, die auf der Suche nach dem gnädigen Gott waren, gingen deswegen ins Kloster. Luther aber fühlte sich durch das Ereignis übernatürlich berufen.

Der dritte Standpunkt versucht, diese beiden Anschauungen zu vermitteln. Luthers Gelübde sei nicht die Frucht gründlicher Überlegungen gewesen, sondern ihm in seiner Bedrängnis entfahren. Auf der anderen Seite dürfte es damals nicht zufällig zu diesem Gelübde gekommen sein. Wahrscheinlich hatte er sich gelegentlich schon vorher, wenn auch nicht intensiv, mit der Möglichkeit befasst, Mönch zu werden.

Das bleibende Grundproblem der Deutung des Geschehens besteht darin, dass Luther später nicht eigentlich geleugnet hat, bei Stotternheim der Hand Gottes begeg-

net zu sein, sondern er hat es auf höchst widersprüchliche Weise als Beginn eines gottgewollten Irrweges beschrieben. In der Vorrede der Schrift „Über die Mönchsgeübde“ resümiert er. „Aber Gott, dessen Barmherzigkeit unendlich und dessen Weisheit ohne Ende ist – siehe wieviel Gutes er aus all diesen Irrtümern und Sünden hat entstehen lassen. [...] Anscheinend hat der Satan an mir seit meiner Kindheit etwas von dem vorhergesehen, was er jetzt leidet. Deshalb war er mit unglaublichen Mitteln darauf aus, mich umzubringen und mich zu fesseln, [...]. Der Herr aber hat (das sehe ich jetzt) gewollt, daß ich die ‘Weisheit’ der hohen Schulen und die ‘Heiligkeit’ der Klöster aus eigener, sicherer Erfahrung, d.h. an vielen Sünden und Gottlosigkeiten kennenlernen sollte. Die gottlosen Menschen sollten keine Gelegenheit erhalten, von mir als ihrem zukünftigen Gegner hochfahrend zu behaupten, ich verdamme Dinge, die ich nicht kenne.“ Damit stellt Luther das Gewittererlebnis von Stotternheim in einen heilsgeschichtlichen Zusammenhang. Es ist der erste Knotenpunkt des Kampfes zwischen Gott und Satan, der sich für Luthers Denken, Fühlen und Glauben sein ganzes Leben hindurch abspielt.



Anna mit ihrer Tochter Maria und dem Jesuskind (Albrecht Dürer)

Historisch-objektiv war Luthers Erleben in die spätmittelalterliche Volksfrömmigkeit eingebunden, der auch er vollkommen verhaftet war. Aus dieser Haltung heraus hat er

eben nicht Christus, sondern die heilige Anna angerufen. Theologisch-subjektiv entwickelte sich Luthers reformatorischer Glaube aber dahin, dass er dieses Ereignis nicht mehr frei als Begegnung mit dem Übernatürlichen in seine Biographie einordnen konnte. Das nunmehr gegenüber der mittelalterlichen Tradition absolut gesetzte sola scriptura (allein die Schrift) verhinderte dies. Das Ereignis als solches wurde für Luther uninteressant, wichtig waren allein seine Folgen. Dadurch kam es zu einer bereits von ihm selbst eingeleiteten Verdrängung. Wie erfolgreich diese war, zeigt sich daran, dass das Stotternheimer Gewittererlebnis bis zur Wende vom 18. zum 19. Jahrhundert weder in literarisch-dramatischen Bearbeitungen des Lebens Luthers noch in der Ikonographie auftaucht.



Stotternheim befindet sich im grünen Herzen Deutschlands. Mit knapp 3.415 Bürgern und einer Fläche von ca. 1.575 ha ist Stotternheim heute mit einer der größten Ortsteile von Erfurt. Durch die guten Verkehrsanbindungen findet man schnell und leicht den Weg nach Stotternheim. Unweit vom Ortszentrum befindet sich der Werdepunkt der Reformation. Das ist der Ort, an dem Luther schwor ein Mönch zu werden.

Entsprechend diesem Befund ist der Ort Stotternheim zunächst vollkommen hinter das Ereignis zurückgetreten. Mit einer einzigen Ausnahme wird er auch in den Quellen nicht erwähnt. Diese Ausnahme ist allerdings die entscheidende, die Stotternheim schließlich doch noch zum Sprung in die Welt-

geschichte verhalf. Luther selbst erwähnt den Ort am Jahrestag seines Klostereintritts am 16. Juli 1539. Diese Tischrede ist zur Hauptquelle der Lokalisierung „nahe Stotternheim“ und mit ihr der Ort zum festen Bestandteil der Überlieferung geworden.

Lange Zeit war der genaue Ort kein Gegenstand des historischen Interesses. Erst der Erfurter Gymnasialdirektor Johannes Biereye hat sich 1917 in seiner Untersuchung über „Die Erfurter Lutherstätten nach ihrer geschichtlichen Beglaubigung.“ detailliert damit auseinandergesetzt. Anhand einer Analyse der damaligen Verkehrswege zwischen Mansfeld und Erfurt diskutiert er Luthers Reisemöglichkeiten. Im Ergebnis lokalisiert er das Ereignis, mit einer Planskizze untermauert, auf den Punkt genau. Dieser Punkt befindet sich am Fuße des Galgenhügels östlich auf der Höhe des Stotternheimer Ortskerns. Allerdings greift auch er für seine finale Festlegung auf die fiktive Konstruktion einer Situation zurück, die aus folgenden Elementen besteht: der äußerlich todmatte und innerlich überanspannte Luther gerät in unfreundlicher Gegend in ein gerade hier sehr starkes Gewitter. Dieser schlimmste anzunehmende Fall wird zwar so in keiner Quelle belegt. Die Darstellung war jedoch trotzdem bestechend genug, um in die überregionale Lutherforschung übernommen zu werden.

1917 ist auch das Jahr, in dem die Errichtung des Stotternheimer Luthersteins erfolgte. Vor dem Hintergrund des vierhundertjährigen Reformationsjubiläums, kam es zu zahlreichen Impulsen und Aktivitäten, die bis in die Vorkriegszeit zurückreichten. Da der 31. Oktober in diesem Jahr auf einen Mittwoch fiel, konzentrierten sich die wich-



Lutherstein in Stotternheim

tigsten Feierlichkeiten auf Anfang November. Am Sonntag, dem 4. November, an dem in den Vormittagsgottesdiensten allgemein die Reformationsfeier begangen wurde, erfolgte nachmittags 15 Uhr die Einweihung des Luther-Gedenksteins. Fräulein Dorothea Peterseim, Angehörige einer alten Erfurter Gartenbaudynastie hatte ihn in Gestalt eines unbehauenen Blocks aus schwedischem Granit

gestiftet. Errichtet wurde er an jener Stelle, die Biereye in seinem Plan ausgewiesen hatte. So entstand 1917 eine weitere Luthergedenkstätte, mit der Stotternheim seinen Platz in der großen Geschichte dokumentierte. In unglücklichstem Gegensatz dazu steht die weitere Geschichte der Stätte. Die Anlage einer riesigen Mülldeponie unmittelbar östlich des Gedenksteins hat das Bild der Umgebung sehr unvorteilhaft verändert. Der Stein verfiel außerhalb des kirchlichen Bezugsrahmens der Nichtbeachtung. Erst 1983 als die DDR ihr offizielles Geschichtsbild in Bezug auf Luther teilweise revidierte, fand die kleine Anlage kurzzeitig wieder öffentliche Beachtung. Der Gipfel der Ignoranz wurde jedoch im Jahre 1988 erreicht. Anlässlich der 900-Jahr-Feier Stotternheims erschien eine kleine Festschrift, die Ereignisse aus allen Epochen der Ortsgeschichte aufgreift. Luther

und der Gedenkstein werden trotz der Revision des DDR-Geschichtsbildes mit keinem Wort erwähnt.

Im Jahre 1998 hat man dann der wenig erfreulichen Situation der Gedenkstätte Rechnung getragen, indem in der Stotternheimer Zweigstelle der Sparkasse Erfurt eine „Martin Luther Gedächtnistafel“ enthüllt wurde, die auf der Arbeit Biereyes basierend Luthers Weg von Mansfeld nach Erfurt graphisch wiedergibt.

Inzwischen ist auch das Umfeld des Luthersteins in einen – so weit möglich – angemessenen Zustand versetzt worden. Daran haben die Stadt Erfurt über das Regionale Entwicklungskonzept Erfurter Seen, die Ortsgemeinde und Kirchengemeinde Anteil.

Kirche und Politik

Beobachtungen und Überlegungen aus politischer Perspektive

Überarbeiteter Vortrag vor dem Thüringer Pfarrverein, 21. September 2016

von Dr. Karl-Eckhard Hahn, Pressesprecher der CDU-Fraktion im Thüringer Landtag, Historiker, Mitglied im Landesvorstand des EAK Thüringen



Dr. Karl-Eckhard Hahn

„Zum politischen Personal der Berliner Republik gehören nicht nur Berufspolitiker aller Couleur, sondern auch eine moralisierende höhere Klerisei, die zu allem und jedem Stellung nimmt.“¹ So formulierte der evangelische Münchner

Theologe Friedrich Wilhelm Graf 2011 in seinem Buch „Kirchendämmerung“. Graf trug dort sieben Untugenden der Kirche zusammen. Das Zitat stammt aus dem Kapitel „Demokratievergessenheit“. Das war noch vor der Flüchtlingskrise, die als Katalysator vieler Fragen wirkt, die unser staatliches und gesellschaftliches Selbstverständnis und Sein betreffen.

Große Hilfsbereitschaft auf der einen und Sorgen um die Stabilität und Zukunft des Gemeinwesens gehören zu den Signaturen dieser Zeit. Das Parteiensystem ist im Umbruch. Die LINKE stellt seit 2014 in Deutschland erstmals einen Ministerpräsidenten. Die AfD erwei-

tert das politische Spektrum nun in einer Weise nach rechts, die viele Menschen beunruhigt. In nennenswerten Teilen des Volkes hat das Vertrauen in das politische System gelitten. Auch das Selbstverständnis von Religionen ist durch die Debatten um den Islam wieder zu einem Thema geworden. Es ist weder neu noch überraschend, dass sich Kirchenleitungen an diesen Diskussionen beteiligen. Die Kirchen in Thüringen waren z.B. 2015 wesentliche Akteure des von den Gewerkschaften initiierten „Bündnisses für Mitmenschlichkeit“. Das Verlautbarungswesen stand wieder in besonders üppiger Blüte.

¹ Graf, Friedrich Wilhelm: Kirchendämmerung. Wie die Kirchen unser Vertrauen verspielen, München, 2., durchgesehene Auflage 2011, S. 86

Debatten über das Ob und Wie kirchlicher Verlautbarungen folgen mit großer Regelmäßigkeit. Darauf ist die EKD vorbereitet. In einer Neufassung ihrer Denkschriften-Denkschrift – 2008 veröffentlicht unter dem Titel *„Das rechte Wort zur rechten Zeit“*, heißt es etwa in Ziff. 27 *„Inwiefern kirchliche Verlautbarungen zum öffentlichen Leben bindende Wirkung haben, ist im Blick auf ihre innere Richtigkeit gewissenhaft zu prüfen.“* Diese bindende Wirkung habe *„keinen (kirchen-)rechtlichen sondern geistlichen Charakter, indem sie die Gewissen bindet.“*² Dass sie gar nicht bänden, behauptet die EKD jedenfalls nicht. Und in Ziff. 50 heißt es: *„Für die einzelnen Christen sind diese Orientierungen ein Angebot, das aufzeigt, welche ethischen Gesichtspunkte aus evangelischer Sicht im beschriebenen Themenfeld zu bedenken und welche Handlungsoptionen verantwortbar sind.“*³ Also auch: Welche Handlungsoptionen nicht verantwortbar sind. Das bürdet dem Absender und Empfänger dieser Botschaften eine ganze Menge auf.

Die grundsätzliche Frage nach dem spannungsreichen Verhältnis zwischen christlichem Bekenntnis und Politik stehen, wenn auch aus anderer Perspektive, hinter kritischen Anfragen an die C-Partei CDU: Als C-Partei dürfe man dieses keinesfalls und müsse jenes unbedingt vertreten. Das führt mitten hinein in das Thema. Denn auf derartige Anfragen erhalten die Bürger eine zweigeteilte Antwort. Zum einen weisen wir freundlich darauf hin, dass es so etwas wie eine *„christliche Politik“* nicht gibt und Christen sich in anderen Parteien genauso engagieren. Zum anderen versuche

ich zu verdeutlichen, dass für Christen in der CDU auch der politische Bereich zur Welt unter Gott gehört und auch der politisch aktive Christ unter dem Zuspruch und Anspruch des Evangeliums steht. Weniger theologisch ausgedrückt: Die Bürger dürfen erwarten, dass wir ethisch reflektieren, was wir tun oder unterlassen.

Der Einzelne, das geistliche und das weltliche Regiment

Damit ist im Grunde das Dreieck aufgespannt, um das es beim Thema Religion und Politik nach christlicher Überlieferung immer wieder geht. Die drei Ecken sind: der Einzelne, das geistliche Regiment und das weltliche Regiment. Das Problem ist so alt wie das Christentum selbst. Denken wir nur an das Gleichnis vom Zinsgroschen (Mk 12, 13-17). Was Gottes und was des Kaisers ist, ist eben zu unterscheiden. Wobei weltliche Herrschaft in der Demokratie im Grunde die Angelegenheit aller ist. *„Die politische Verantwortung ist im Sinne Luthers ‚Beruf‘ aller Bürger in der Demokratie“*, heißt es dazu in der Demokratie-Denkschrift der EKD von 1985.⁴ Kaiser sind wir als Staatsbürger sozusagen alle gemeinsam. Die Unterscheidung zwischen geistlichem und weltlichem Regiment war eine der mächtigen Antriebsfedern der europäischen Entwicklung. Diese Unterscheidung hat enorme Kräfte freigesetzt, die Herausbildung der modernen, gewaltenteilenden Staaten vorangetrieben. Und sie hat geholfen Absolutheitsansprüche zurückzuweisen. Udo Di Fabio beschrieb dies vor der EKD-Synode im November 2015 zutreffend als *„Koevolution von*

etwas kategorial Getrenntem und eng aufeinander Bezogenem“.⁵

Der Beitrag des Protestantismus zu dieser Unterscheidung ist erheblich. Er hat gleichsam die Emanzipation des weltlichen vom geistlichen Regiment vorangetrieben. In Artikel 16 der Confessio Augustana heißt es: *„Denn das Evangelium lehrt nicht ein äußerliches, zeitliches, sondern ein innerliches, ewiges Wesen und die Gerechtigkeit des Herzens; und es stößt nicht das weltliche Regiment, die Polizei (=Staatsordnung) und den Ehestand um, sondern will, dass man dies alles als wahrhaftige Gottesordnung erhalte und in diesen Ständen christliche Liebe und rechte, gute Werke, jeder in seinem Beruf, erweise.“* Im vergangenen Jahrhundert war die Unterscheidung noch einmal von anderer Seite aus auszubuchstabieren. Da war es der nationalsozialistische Weltanschauungsstaat, der die Kirche vereinnahmen und das geistliche Regiment aushöhlen wollte. Eric Voegelin und Raymond Aaron sprachen mit Blick auf den Nationalsozialismus, aber auch den Kommunismus von *„politischen Religionen“*. Denn diese Ideologien beanspruchten, die Sinn- und Seinsfragen gleich mit zu beantworten und daraus politische Ansprüche abzuleiten.⁶

Das war der Punkt, an dem die Bekenkende Kirche 1934 mit der fünften These der Barmer Theologischen Erklärung ansetzte und die für unser christliches Verständnis konstitutive Unterscheidung zwischen Staat und Kirche prägnant formulierte: *„Wir verwerfen die falsche Lehre, als solle und könne*

² Rat der EKD: Das rechte Wort zur rechten Zeit. Eine Denkschrift des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland zum Öffentlichkeitsauftrag der Kirche, Gütersloh 2008, S. 26.

³ Ebenda, S. 40

⁴ Kirchenamt im Auftrag des Rates der EKD (Hg.): Evangelische Kirche und freiheitliche Demokratie: der Staat des Grundgesetzes als Angebot und Aufgabe. Eine Denkschrift der Evangelischen Kirche in Deutschland, Gütersloh 1990, S. 16.

⁵ Di Fabio, Udo: Reformationsjubiläum 2017 – Christlicher Glaube in offener Gesellschaft. Drs. IV/5 der 2. Tagung der 12. Synode der EKD, 8.-11.11.2015 in Bremen, S. 3.

⁶ Vgl. dazu: Maier, Hans: Welt unter Gott, in: FAZ 21.12.2015

der Staat über seinen besonderen Auftrag hinaus die einzige und totale Ordnung menschlichen Lebens werden und also auch die Bestimmung der Kirche erfüllen. Wir verwerfen die falsche Lehre, als solle und könne sich die Kirche über ihren besonderen Auftrag hinaus staatliche Aufgaben und staatliche Würde aneignen und damit selbst zu einem Organ des Staates werden.“ Diese lange historische Erfahrung und die lange christliche Denktradition haben sich schließlich in der Präambel des Grundgesetzes niedergeschlagen. Das deutsche Staatsvolk, repräsentiert durch die Mütter und Väter der Verfassung, gab sich das Grundgesetz „im Bewusstsein seiner Verantwortung vor Gott und den Menschen ...“. Der erste Satz des Grundgesetzes enthält zwei Botschaften: Die politische Ordnung ist nach dem Willen seiner Verfassung eine Ordnung unter Gott ist. Jene, die diese Ordnung tragen und verantworten müssen und wollen sich dem stellen – jedenfalls soweit sie Christen sind. Politisches Handeln ist rechen-schaftspflichtig vor Gott und dem Gewissen. Und darin steckt zum anderen die Selbstbegrenzung der politischen Ordnung.

Das Gesagte betrifft die formale Seite. Es gibt auch die inhaltliche, materielle Seite. Man muss nicht die gelegentlich überstrapazierte Rede von der „Eigengesetzlichkeit“ des weltlichen Regiments bemühen, um doch folgendes zu erkennen: Die Notwendigkeiten sind in den politischen Ordnungen und im politischen Leben durchaus andere als im geistlichen Regiment. Der Staat habe die Aufgabe, so die bereits zitierte Barmer These, „in der noch nicht erlösten Welt, in der auch die Kirche steht, nach dem Maß menschlicher Einsicht und menschlichen Vermögens unter Androhung und Ausübung von Gewalt für Recht und Frieden zu sorgen.“ Der Theologe, Philosoph und

Sozialdemokrat Richard Schröder hat das mit der ihm eigenen Gabe zur pointierten Formulierung in der Unterscheidung zwischen Barmherzigkeit und Gerechtigkeit auf den Punkt gebracht: „Einzelne können barmherzig sein, auch Institutionen, die sich der Barmherzigkeit verschrieben haben. Der Staat aber darf nicht barmherzig sein, weil er gerecht sein muss. Er muss nach Regeln verfahren und die Folgen bedenken. Wenn er Ausnahmen machte, wäre er korrupt.“⁷

Vor dem Hintergrund dieses kleinen historischen Exkurses möchte ich nun drei Überlegungen nachgehen:

1. Welches Mandat die Kirchen zur politischen Urteilsbildung für Christen hat.
2. Wie weit dieses Mandat reicht und welchen Geltungsanspruch es haben kann.
3. Warum im kirchlichen Verlautbarungswesen weniger mehr ist.

Das Mandat der Kirchen zur politischen Urteilsbildung für Christen

Ich zitiere zu diesem Punkt nun auch die letzten Sätze aus der V. These von Barmen: „Sie [die Kirche] erinnert an Gottes Reich, an Gottes Gebot und Gerechtigkeit und damit an die Verantwortung der Regierenden und Regierten. Sie vertraut und gehorcht der Kraft des Wortes, durch das Gott alle Dinge trägt.“ Damit ist meines Erachtens das zu dieser Frage Entscheidende gesagt: Die Kirche hält den religiösen, christlichen Horizont gegenwärtig, wohl wissend, dass Gottes Reich nicht von dieser Welt ist (Joh.

18,36). Und sie erinnert Regierende und Regierte in diesem Zusammenhang an ihre Verantwortung, d.h., dass sie mitunter Gottes Gebot stehen und verantwortlich sind. Bei der gedanklichen Entfaltung und Erschließung dessen, was Gottes Reich, Gottes Gebot und Gerechtigkeit sind, haben Kirche und Theologie ihre Kompetenz. Sie sind für jeden Christen wichtige Ansprechpartner, wenn es um die Entwicklung ethischer Maßstäbe geht. Und übrigens auch für den Staat, der kirchliche Vertreter gern in diverse Kommissionen beruft.

Dieses Mandat nutzen die Kirchen aktiv, wenn sie diese Maßstäbe aufzeigen. Etwa die vorrangige Option für die Schwachen und Armen, das Gerechtigkeitsgebot, das Friedensgebot, die Bewahrung der Schöpfung oder etwa das Gegenseitigkeitsgebot, die goldene Regel: „Alles, was ihr wollt, dass euch die Leute tun sollen, das tut ihnen auch. Das ist das Gesetz und die Propheten“ (Mt. 7,12). Aus der besonderen theologischen Kompetenz lässt sich freilich kein Monopol ableiten. Wobei es eigentlich überflüssig ist, dies vor evangelischen Geistlichen und dann auch noch in der Reformationsdekade zu erwähnen. Das Priestertum aller Gläubigen ist elementares protestantisches Erbe.

Reichweite und Geltungsanspruch dieses Mandats

Mit weit weniger Autorität können Kirchen und kirchliche Amtsträger sprechen, wenn es darum geht, Maßstäbe in konkret gegebenen historischen oder politischen Entscheidungssituationen anzuwenden. Und das gleich aus mehreren Gründen: Ich wage zum einen die These, dass es kaum politische Fragen gibt, in denen man auch als Christ denotwendig nur zu einer Lösung kommen kann. Diese innere

⁷ Schröder, Richard: Was wir Migranten schulden – und was nicht, in: FAZ, 19.8.2016, im Internet: www.faz.net/aktuell/politik/die-gegenwart/fluechtlingskrise-was-wir-migranten-schulden-und-was-nicht-14387586.html

Pluralität müssen Geistliche und Kirchenleitungen ernst nehmen. Ich nenne ein paar Beispiele, die besonders erbittert oder auch mit besonderem Ernst erörtert worden sind.

- Die Logik der atomaren Abschreckung zum Beispiel in den 80er Jahren. Damals war man angesichts des gewaltigen Zerstörungspotentials der Atomwaffenarsenale kaum bereit zu sehen, dass gerade dieses Potential Konflikte einfror. Dass heute niemand den großen Atomkrieg fürchten muss, hat die Welt jedenfalls nicht friedlicher gemacht.
- Ich erwähne Fragen die sich am Lebensanfang und Lebensende stellen, die Präimplantationsdiagnostik oder die Sterbehilfe. Der Bundestag hat sich sehr ernsthaft mit diesen Fragen beschäftigt. Christen fanden sich partei- und fraktionsübergreifend bei Gruppenanträgen, die zu sehr unterschiedlichen Ergebnissen kamen.
- Als aktuelleres Beispiel nenne ich das Flüchtlingsabkommen mit der Türkei. Es ist kritisiert worden, weil die Türkei zurzeit ist, wie sie ist. Andere meinen, dass man Flüchtlinge und Migranten prinzipiell nicht aufhalten dürfe. Die Bundeskanzlerin hat das Abkommen am 7. September 2016 im Bundestag unter anderem mit folgendem Argument verteidigt. Seit es das Abkommen gebe, sei so gut wie kein Flüchtling mehr in der Ägäis ertrunken, während es davor Hunderte gewesen seien.⁸

Der Geltungsanspruch ist aber auch dadurch begrenzt, dass Deutschland ein religiös und weltanschau-

lich neutraler Staat ist. Dieser Staat ist damit im vollen Umfang autonom gegenüber allen irgendwie gearteten religiösen oder weltanschaulichen Ansprüchen. Christen mögen ihre Standpunkte und Perspektiven einbringen und den Staat als weltliches Regiment und Anordnung Gottes betrachten, doch sie befinden sich damit im gleichberechtigten Wettbewerb mit anderen Deutungsmöglichkeiten des Daseins und der öffentlichen Ordnung.

Zurückhaltung ist schließlich mit Blick auf die Balance unserer modernen Welt gefragt. Viele von uns beklagen die Ökonomisierung immer weiterer Lebensverhältnisse. Das geht uns leicht von den Lippen. Gut erinnerte Zeitgeschichte ist der vorhin erwähnte Versuch der sogenannten „politischen Religionen“, nach dem ganzen Menschen zu greifen. Heute fürchten sich viele Menschen vor dem Islam, weil er zwischen Politik und Religion nicht ausreichend trenne und also diese Religion totalitäre Züge annehmen könne. Udo Di Fabio hat das Problem in der bereits erwähnten Rede vor der EKD-Synode im November 2015 auf den Punkt gebracht: *„Die Entdifferenzierung, die Vereinfachung, die einfache Welterklärung ist immer möglich, aber sie kann in einer reflektierten Form nicht das sein, was wir wirklich wünschen. Auch die Glaubensgewissheit hat eine entdifferenzierende Stoßrichtung, genauso wie politische Herrschaft eine entdifferenzierende Stoßrichtung hat, genauso wie wirtschaftliche Rentabilität nur sich selbst kennt und nur über sich selbst hinauswächst.“*⁹ Jedes moderne Funktionssystem will nach seiner je eigenen Logik tendenziell immer das Ganze. Das fürchten wir zu Recht. Das heißt für den Glauben dann aber auch, Geltungsansprüche nicht absolut zu setzen und als

unumstößliche Wahrheiten im Raum des Politischen zu verwenden. Anders werden wir auch die gewaltigen Integrationsaufgaben in unserem Land nicht bewältigen können.

Warum im kirchlichen Verlautbarungswesen weniger mehr ist

Wenn ich in diesem Punkt von „weniger“ spreche, so meine ich damit weniger häufig und weniger detailverliebt. Lassen Sie mich diese Überzeugung mit einigen abschließenden Überlegungen untermauern: Zunächst behaupte ich, dass es eine merkbliche Kompetenzverschiebung gibt, je mehr Fach- und Sachkunde die Beurteilung bestimmter Entscheidungssituationen erfordert. Helmut Thielicke verglich die Gebote Gottes einmal mit einer Magnetnadel, die *„in dem reich differenzierten Gelände unseres Lebens und unserer geschichtlichen Situation – und also unter Berücksichtigung aller konkreten Gegebenheiten!“* die Richtung weist.¹⁰ Das ist ein einleuchtendes, kräftiges Bild. Es heißt für mich: Die Kirche kann ihren Gläubigen helfen, den Kompass einzunorden. Schon bei der Marschzahl mag es jedoch zu unterschiedlichen Interpretationen kommen. Doch die möglichen Wege und Umwege im Gelände sollte sie sie auf jeden Fall selbst finden lassen. Denn für die kundige Einschätzung dieses Geländes ist kein theologischer Erkenntnisvorsprung ersichtlich.

Etwas mehr Selbstbescheidung wäre eine Referenz ans mündige Kirchenvolk. Genau dies würde auch dem eigentlichen lutherischen Ämterverständnis besser entsprechen.

⁸

www.bundeskanzlerin.de/Content/DE/Rede/2016/09/2016-09-07-merkel-bundestag.html

⁹ Di Fabio (wie Anm. 8), S. 5.

¹⁰ Thielicke, Helmut: Einleitung zu: Ders. / Schrey, Heinz-Horst (Hg.): Glaube und Handel. Grundprobleme evangelischer Ethik. Texte aus der evangelischen Ethik der Gegenwart (Sammlung Dieterich Band 130), Bremen o.J. (1956), S. XXII f.

chen. Der langjährige leitende Bischof der VELKD, Hans Christian Knuth, hat es so beschrieben: „Das ideale Modell für den Auftrag der Kirche in Gesellschaft und Politik wird nicht beschrieben durch institutionellen Einfluss, den die Kirche auf andere Institutionen nimmt. Das ideale Modell wäre der mündige Christ, der in seinem jeweiligen Beruf, ob als Soldat, Politiker, Wirtschaftsfachmann, Lehrender, Handwerker oder Publizist seinem Gewissen vor Gott folgt und sachlich fundierte und vor Gott verantwortbare Entscheidungen trifft, ohne dass ihm die Kirche als Institution diese erst vorgeben müsste.“¹¹

Nun könnte man argumentieren, dass die diversen kirchlichen Verlautbarungen für Christen in ihren jeweiligen Wirkungskreisen eine Orientierungshilfe sind. Doch trägt es wirklich zur Mündigkeit und Urteilsbildung bei, wenn leitende kirchliche Vertreter mit zum Teil recht entschiedenen Meinungsäußerungen an die Öffentlichkeit treten? Welchen Einfluss hat das kirchenamtliche Verlautbarungswesen eigentlich auf die Partizipation von Christen im gesellschaftlichen und politischen Diskurs? Einer, der am Nutzen dieser Orientierungshilfen zweifelt, ist der Inhaber des Lehrstuhls für Systematische Theologie und Ethik an der LMU München, Prof. Dr. Reiner Anselm. Er beklagte die „Monopolisierung des innerprotestantischen ethischen Diskurses durch einige in den Medien sehr präsente Amts- und Funktionsträger und die durch den Rat der EKD eingesetzten Gremien“.¹² Laut An-

selm „werden die protestantischen Überzeugungen gerade nicht mehr in ihrer Vielstimmigkeit über einzelne Protestantinnen und Protestanten in den politischen Diskurs eingebracht, sondern über die dazu geschaffenen Strukturen“. Diese Praxis hat nach Ansicht dieses Theologen eine durchaus fatale Folge: „Augenblicklich sieht es so aus, dass die starke institutionelle Präsenz der Kirche in öffentlichen Debatten erkaufte ist durch eine immer kleinere Zahl von Protestanten, die sich politisch für ihre evangelischen Überzeugungen engagieren.“ Etwas zugespitzt könnte man fragen: Gewöhnt die Kirche am Ende den Iheren das eigenständige ethische Gewicht und Wägen ab?

Wenn der Nutzen für die Laien schon zweischneidig ist, so fragt sich schließlich, ob denn die Kirchen selbst etwas davon haben? Man muss sich dazu die Wertigkeit dieser Stellungnahmen im politischen Diskurs noch einmal vergegenwärtigen: Wenn wir den Staat und religiös-weltanschaulich neutralen ernst nehmen und wenn wir die Gesellschaft als eine pluralistische, aus vielen Überzeugungen lebende ernst nehmen, dann sind die Kirchen am Ende nicht mehr als ein x-beliebiger zivilgesellschaftlicher Akteur. Das Institut für Demoskopie in Allensbach fragt seit Jahren das Vertrauen in diverse Institutionen in Deutschland ab. Spitzenwerte erzielten zuletzt, im November 2015, mit Werten über 50 Prozent, kleine und mittlere Unternehmen, die Polizei, die Gerichte. Verwaltungen rangierten mit 48 Prozent knapp unter dieser Schwelle. Jedenfalls, wenn man „Sehr viel Vertrauen“ und „Ziemlich viel Vertrauen“ zu-

sammenzieht.¹³ Und die Kirche? Sie landete mit acht Prozent „Sehr viel Vertrauen“ und 28 Prozent „Ziemlich viel Vertrauen“ auf den hinteren Plätzen, etwa auf dem Niveau von Zeitungen und fünf Prozent hinter der Bundesregierung. Wer nun denkt, dies sei eine Momentaufnahme, der irrt. Seit 1991 kreist der addierte Wert um die 35 Prozent. Er ist damit mal etwas besser und mal etwas schlechter als der Wert für die Zeitungen.

Nichts spricht dafür, dass die Kirchen ausgerechnet auf dem politischen Parkett an ihrem Image etwas ändern könnten. Herausragendes Gewicht haben ihre Verlautbarungen zumindest im politischen Diskurs nicht. Denn immer ist es eine Stellungnahme unter vielen. Sie werden möglicherweise zur Referenz, wenn sie politisch gerade passen. Und ansonsten werden sie schlicht so zur Kenntnis genommen, wie vieles andere auch. Eine weitere Stimme im täglichen Informationsstrom. Das Kirchenvolk dürfte sie mehrheitlich ohnehin nicht wahrnehmen.

Eigenständige christliche Persönlichkeiten im öffentlichen Leben

Ist das nun ein Appell für den Rückzug in die Innerlichkeit? Ganz sicher nicht. Die Irritationen, die vom Glauben auf das öffentliche Leben ausgehen sind und bleiben wichtig. Doch dazu wünsche ich mir Persönlichkeiten, die im öffentlichen Leben als Christen ihre Frau oder ihren Mann stehen. Und es gibt sie

¹¹ Knuth, Hans Christian: Ziel kirchlicher Arbeit ist nicht der institutionelle Einfluss, sonder der mündige Christ, in: Hahn, Udo (Hg.): Protestantismus – wohin? 10 Jahre wiedervereinigte Evangelische Kirche in Deutschland. Bilanz und Ausblick, Neukirchen-Vluyn 2001, S. 178.

¹² Zitate im gesamten Absatz: Anselm, Reiner: Evangelische Kirche und freiheitliche Demokratie. Herausforderungen dreißig Jahre nach Erscheinen der Demokratie-

denkschrift, in: Abmeier, Karlies / Bahr, Petra / Volk, Thomas (Hg.): Monitor Religion und Politik, Sankt Augustin/Berlin 2015, S. 77f. Im Internet: www.kas.de/wf/doc/kas_43802-544-1-30.pdf?151221133336

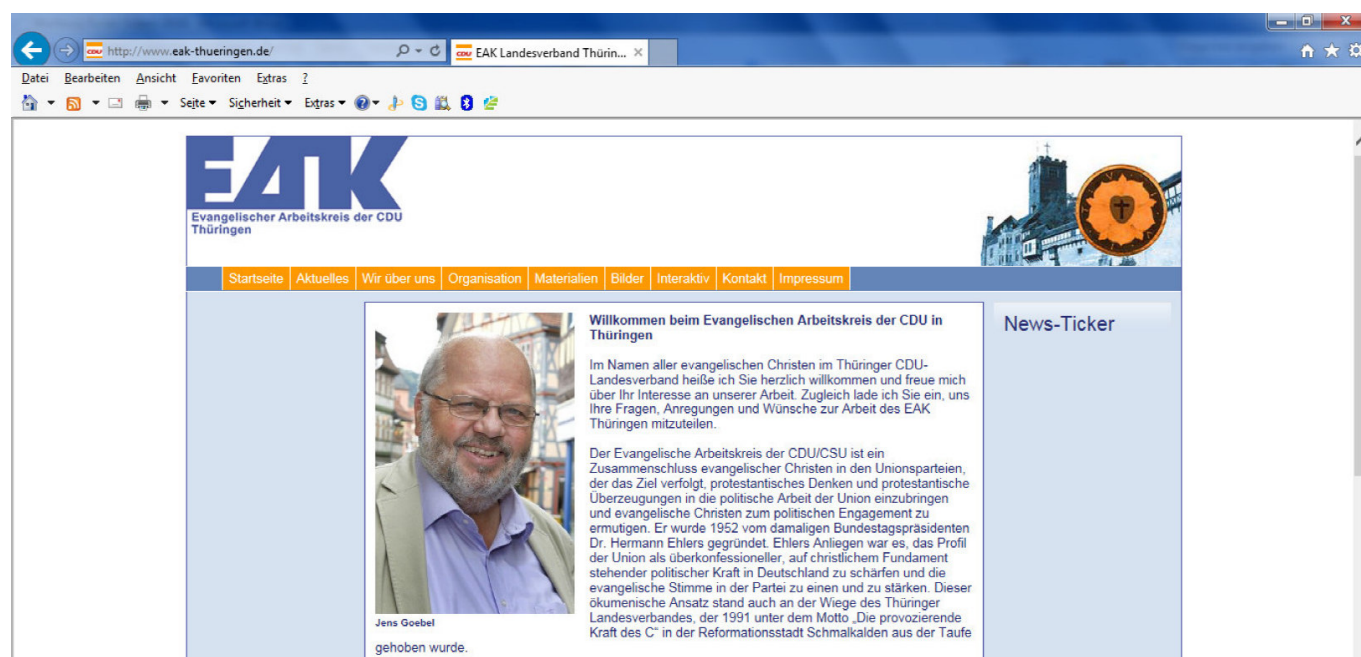
¹³ Zitiert nach: Institut für Demoskopie Allensbach / Roland Rechtsschutz-Versicherungs AG: Roland Rechtsreport 2016 (Befragungszeitraum: November 2015), S. 12 und 16. Im Internet: https://www.roland-recht-schutz.de/media/rechtsschutz/pdf/unternehmen_1/ROLAND_Rechtsreport_2016_Finall.pdf

ja. Mit ihren ganz unterschiedlichen Profilen. Es fallen einem ganz viele Katholiken oder Protestanten ein. In unsystematischer Reihenfolge z.B. Hermann Ehlers, Konrad Adenauer, Eugen Gerstenmaier, Gustav Heimann, Johannes Rau, Joachim Gauck, Erhard Eppler, Otto Graf Lambsdorff, Irmgard Schwaetzer, Antje Vollmer, Katrin Göring-Eckart, Heiner Geisler, Lothar de Maizière, Rainer Eppelmann, Günther Beckstein, Angela Merkel, Volker Kauder, Gottfried Müller, Bernhard Vogel, Christine Lieberknecht, Frank-Walter Steinmeier, auch Bodo Ramelow.

Das alles sind oder waren eigenständige Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens, von denen jeder einigermaßen interessierte Beobachter weiß: Das sind Christen, so unterschiedlich ihre politischen Antworten ausfallen. Die Kirchenleitungen sollten deshalb darauf vertrauen, dass Christen in ihren jeweiligen Wirkungskreisen selbst um ihre ethische Verantwortung wissen. Sie sollte sich nach meiner festen Überzeugung darauf konzentrieren, Glauben zu wecken, Menschen seelsorgerlich zu begleiten, die leeren Kirchen zu füllen und lebendige Gemeinden zu organisieren. Das schafft mehr Verbind-

lichkeit und Orientierung als jede Verlautbarung. Wer an die Wirklichkeit Gottes glaubt, der wird sein Leben und Handeln auch daran ausrichten. Wer wenigstens einmal die Woche das Vaterunser bewusst betet, der weiß sich selbst schon einzuordnen ins Weltgetriebe. Das ist der entscheidende Hebel. Wenn Kirchen im politischen Raum reden, dann sollen sie damit einen Raum zur Gewissensbildung eröffnen, indem sie Maßstäbe benennen. Bei der Ableitung politischer Handlungsempfehlungen aus Glaubenssätzen ist Vorsicht geboten, und zwar umso mehr, je konkreter sie ausfallen.

EAK Thüringen auch im Internet: www.eak-thueringen.de



Evangelischer Arbeitskreis (EAK) der CDU Thüringen

Landesgeschäftsstelle
Friedrich-Ebert-Straße 63
99096 Erfurt

www.eak-thueringen.de

Mail: eak-thueringen1@online.de

Verantwortliche dieser Ausgabe

Prof. Dr. Jens Goebel

Landesvorsitzender des Evangelischen Arbeitskreises der CDU Thüringen (Redaktion)

Autoren dieser Ausgabe

Christian Carius

Präsident des Thüringer Landtags

Dr. Karl-Eckhard Hahn

Mitglied im Landesvorstand des Evangelischen Arbeitskreises Thüringen und Pressesprecher der CDU-Fraktion im Thüringer Landtag

Prof. Dr. Andreas Lindner

außerordentlicher Professor für Kirchengeschichte am Martin-Luther-Institut der Universität Erfurt

Andreas Trautvetter

Minister a.D. und Mitglied in der Bürgerinitiative „Kein Energiespeicher am Rennsteig“

Prof. Dr. Jens Goebel